

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,20 Mk.,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,  
 vorauszahlbar. Einzelne Wochennummern  
 5 Pf. Sonntagsnummern  
 mit Illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Postbezugs: Monatlich  
 1,20 Mk. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2,50 Mk., für das übrige Ausland 4 Mk.  
 monatlich. Postbestellungen nehmen  
 an: Börsenamt, Potsdam, Lindenstr. 3,  
 Berlin, die Schwetschke'sche Buchhandlung  
 in der Holzmarktstr. 10, Berlin.  
 Verkauft täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt f. die stehende Spalte Kolonnen-  
 zeile 50 Pf. „Kleinanzeigen“,  
 das fertige Blatt 20 Pf. (je  
 10 Pf. 2 fertige Blatt 30 Pf., 100-  
 fertige Blatt 10 Pf.). Einleitungs-  
 und Schlusszeilen je Zeile  
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Zusendungsgeld 20%.  
**Familien-Anzeigen 50 Pf.**  
 monatlich u. gemeinschaftliche Betriebs-  
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Gestrichen von 8 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 2. November 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Verfolgungsschlacht am Tagliamento.

## In acht Tagen 180 000 Gefangene, 1500 Geschütze erbeutet.

**Großer Sieg am unteren Tagliamento**  
 — Schwere Niederlage der zweiten und  
 dritten italienischen Armee — Angriff  
 von Norden und Osten — Erstürmung  
 italienischer Brückenköpfe — 60 000  
 Italiener abgeschnitten und gefangen —  
 Mehrere hundert Geschütze erbeutet.

Amtlich, Berlin, 1. November. Seine Majestät hat für  
 den 1. November für Preußen und Elsaß-Lothringen Flaggen  
 und Bittorialschiffe beschließen.  
 Bei der Verfolgung in der Friaulischen Ebene haben gestern  
 hat östlich des unteren Tagliamento 60 000 Italiener mit  
 mehreren hundert Geschützen die Waffen gestreckt.  
 Der bisherige Gewinn der 12. Isonzschlacht ist damit auf  
 über 180 000 Gefangene und mehr als 1500 Geschütze ge-  
 stiegen.

**Die italienische zweite und dritte Armee haben  
 eine schwere Niederlage erlitten.** Lubensdorff.

Amtlich, Großes Hauptquartier, 1. November  
 1917. W. Z. S.

Im Westen, Osten und in Mazedonien keine größeren Kampf-  
 handlungen.

**Italienische Front.**  
 Unseren schnellen Schlägen im Osten, dem unergleichlich  
 zähen Aushalten unserer Truppen an allen Fronten, insbesondere  
 im Westen, ist es zu danken, daß die Operationen gegen Italien  
 begonnen und so erfolgreich weitergeführt werden konnten.  
 Gestern haben die verbündeten Truppen der 14. Armee dort  
 einen neuen, großen Sieg errufen.  
 Teile des feindlichen Heeres haben sich am Tagliamento zum  
 Kampf gestellt.

Im Gebirge und in der Friaulischen Ebene bis zur Bahn  
 Udine-Codroipo-Treviso ging der Feind seitdem auf das West-  
 ufer des Flusses zurück: Brückentopfstellungen auf dem Ostufer  
 hielt er bei Pinzano, Dignano und Codroipo. In einer von dort  
 über Vertisolo-Bozzuolo-Lavariano auf Udine vorspringenden  
 Nachhutstellung leistete er heftigen Widerstand, um den Rückzug  
 seiner dritten Armee auf das westliche Ufer des Tagliamento  
 zu decken.

Von Siegedwischen getrieben, von wichtiger Führung in  
 entscheidender Richtung angefaßt, errangen hier die deutschen und  
 österreichisch-ungarischen Korps Erfolge, wie sie auch in diesem  
 Kriege selten sind.

Die Brückentopfstellungen von Dignano und Codroipo wurden  
 von preussischen Jägern, bayerischer und württembergischer Zu-  
 fanterie im Sturm genommen.

Auf allen Kriegsschauplätzen bewährte brandenburgische und  
 schlesische Divisionen durchbrechen von Norden her in unwider-  
 stehlichem Anlauf die Nachhutstellungen der Italiener östlich des  
 unteren Tagliamento und schlagen den Feind zurück, während er-  
 probte österreichisch-ungarische Korps vom Isonzo her gegen die  
 letzte dem Feinde verbliebene Ubergangsstelle bei Latifans vor-  
 wärts drängen.

Durch den Stoß von Norden abgeschnitten streckten beider-  
 seits umsof mehr als 60 000 Italiener dort die Waffen! Mehr-  
 ere hundert Geschütze fielen in die Hand der Sieger.

Die Zahl der Gefangenen auf der in einer Woche so erfolg-  
 reich durchgeführten 12. Isonzo-Schlacht beläuft sich damit auf  
 über 180 000 Mann, die Summe der gewonnenen Geschütze auf  
 mehr als 1500!

Die sonstige Beute ist an diesen Zahlen zu bemessen.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Lubensdorff.

### Abendbericht.

Berlin, 1. November 1917, abends. Amtlich.  
 Im Westen und Osten keine wesentlichen Ereignisse.  
 Am Tagliamento wurde der auf dem Ostufer  
 bei Pinzano und Latifans noch haltende Feind  
 geworfen oder gefangen.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 1. November 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird  
 veröffentlicht:

**Italienischer Kriegsschauplatz.**  
 Das Fortbringen der Verbündeten in Oberitalien ist  
 durch einen neuen gewaltigen Erfolg getrieben worden. Das An-  
 hängen der zurückweichenden feindlichen Massen nordöstlich von  
 Latifans bot der Führung Gelegenheit, starken italienischen  
 Kräften durch Umfassung den Rückweg zu verlegen. Deutsche  
 und österreichisch-ungarische Divisionen, die sich westlich von Udine  
 dem Tagliamento näherten, wurden von Norden her angefaßt.  
 Gleichzeitig trafen österreichisch-ungarische Kolonnen längs der  
 Lagunen gegen Latifans vor. Zahlreiche, in vollste Verwirrung  
 geratene italienische Verbände in der Gesamthöhe von zwei  
 bis drei Armeekorps wurden zum größten Teil  
 abgeschnitten. In wenigen Stunden waren über 60 000  
 Mann gefangen genommen und mehrere hundert Geschütze er-  
 beutet. Österreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen  
 überall am unteren und mittleren Tagliamento.

Bestimmte Versuche des Feindes, im Mittelland Brückentopf-  
 stellungen zu behaupten, wurden durch ungesäumtes Zugreifen  
 deutscher Regimenter vereitelt. Die im Gebiete des oberen  
 Tagliamento vordringenden österreichisch-ungarischen Armeen  
 überwinden geduldig in jedem Wollen alle Schwierigkeiten  
 des Geländes. Solcher Art hat die zwölfte Isonzschlacht in  
 achtstündiger Dauer zu einem über alles glänzenden Erfolge  
 geführt. Die österreichischen Küstenlande sind befreit. Weite  
 Strecken venezianischen Landes liegen hinter den Fronten der  
 Verbündeten. Der Feind hat in einer Woche über 180 000 Mann  
 an Gefangenen und 1500 Geschütze erbeutet. Der große Sieg  
 an den südwestlichen Toren der Monarchie ist eine neue un-  
 ergleichen Kraftprobe der verbündeten Mächte und Völker, eine  
 Kraftprobe, die eine härtere Sprache reden wird als alles, was  
 in den letzten Wochen bei Freund und Feind über Gegenwart  
 und Zukunft geredet und geschrieben worden ist.

**Ostlicher Kriegsschauplatz und Albanien.**  
 Nichts Neues.  
 Der Chef des Generalstabes.

### Zum Regierungswechsel.

**Einberufung des Reichstages.**  
 Graf Hertling hielt am gestrigen Nachmittag dem Kaiser  
 Vortrag. Seine Ernennung zum Reichskanzler und  
 Ministerpräsidenten dürfte heute erfolgen.

Die Frage, ob der Posten des Vizekanzlers wieder ge-  
 schaffen oder ob er mit einem fortschrittlichen Abgeordneten besetzt  
 werden soll, ist noch nicht entschieden. Wahrscheinlich ist noch immer  
 seine Besetzung usw. entweder mit dem fraktionsvorsitzenden  
 Bayer oder mit dem Vizepräsidenten des Reichstages Dove.

Dagegen hat, wie verlautet, der Vorsitzende der national-  
 liberalen Landtagsfraktion Dr. Friedberg durch seine grundsätz-  
 liche Vereinstimmigkeit erklärt, die Stellvertretung des Ministerpräsi-  
 denten in Preußen zu übernehmen und sich tatkräftig für die Ein-  
 führung des gleichen Landtagswahlrechts einzusetzen.

Chef der Reichskanzlei soll an Herrn von Graevenig  
 Stelle ein gleichfalls Abgeordneter werden.

Helferichs Abgang ist gewiß. Dagegen unternimmt der  
 Staatssekretär des Reichsernährungsamts von Waldow in der  
 „Nordd. Allg. Ztg.“ folgenden Rettungsversuch: „Die Nachrichten,  
 die über die Haltung des Staatsministers von Waldow zur Frage  
 der preussischen Wahlreform in politischen Kreisen verbreitet  
 werden und auch in einzelne Zeitungen übergegangen sind, ent-  
 behren, wie wir feststellen können, jeder Unterlage. Minister von  
 Waldow steht selbstverständlich wie die Gesamtheit des  
 preussischen Staatsministeriums uneingeschränkt auf dem  
 Boden der Allerhöchsten Vollmacht vom 7. April  
 und 11. Juli dieses Jahres.“

Die Sozialdemokraten haben im Lauf der Verhand-  
 lungen erklärt, daß sie sich bei der Besetzung der leitenden Reichs-  
 und Staatsstellen nicht beteiligen wollen und daß sie ihre Stellung  
 gegenüber der Regierung von ihrer Haltung abhängig machen werden.  
 Somit die Bildung der Regierung erfolgt ist, man nimmt an,  
 spätestens in 14 Tagen, wird Präsident Raumpf den Reichstag ein-  
 berufen. Der neue Reichskanzler wird von den Parteien über die  
 Richtlinien seiner Politik interpelliert werden und seine An-  
 hänger werden einen Antrag einbringen, durch den der Reichstag  
 seine Uebereinstimmung mit den vorgeschlagenen Regierungsgrund-  
 sätzen zum Ausdruck bringen soll. Damit wird ein klares Verhältnis  
 zwischen Reichstag und Regierung geschaffen werden.

### Die Wandlung.

Die Entwicklung Innerdeutschlands, von der wir im  
 Augenblick ein paar entscheidende Momente durchleben, voll-  
 zieht sich ohne großes Aufsehen nach außen hin. Das hat  
 gute Gründe. Einmal abfordern die gewaltigen Schlacht-  
 ereignisse in Italien einen großen Teil der öffentlichen Auf-  
 merksamkeit, und dann liegt es überhaupt im Wesen schritt-  
 weiser Entwicklungsgänge, daß ihre Bedeutung während  
 des Geschehens nur von einer Minderzahl voll erfasst wird.

Auch im innerpolitischen Leben der Völker gibt es kata-  
 trophenartige Ereignisse, die den gewolltesten Eindruck nach außen  
 hin verbreiten. In der russischen Revolution haben wir  
 eben erst ein solches erlebt. Damals konnte man sagen:  
 gestern war das alte Rußland, heute fängt das neue an. Aber  
 der Uebergang des alten bürokratischen zum neuen, parla-  
 mentarisch regierten Deutschland vollzieht sich Schritt-  
 und Stufenweise, und wie bei jeder Entwicklung ist hier der  
 genaue Augenblick des Uebergangs vom alten zum  
 neuen nicht feststellbar. Damit fehlt das sensationelle Moment,  
 das besondere Ereignis, das die allgemeine Aufmerksamkeit  
 auf sich lenkt, und daraus erklärt sich wiederum, daß die Be-  
 deutung des Geschehens zunächst von vielen nicht verstanden  
 und unterschätzt wird.

Und doch bilden die Vorgänge, die sich jetzt um die Be-  
 gründung der neuen Kanzlerschaft des Grafen Hertling ab-  
 spielen, einen Wendepunkt in der innerpolitischen Ge-  
 schichte Deutschlands, der für unsere gesamte Entwicklung auf  
 Jahrzehnte hinaus entscheidend sein kann. Wenn man  
 auch heute noch nicht mit absoluter Sicherheit sagen kann: wir  
 haben das parlamentarische System in Deutschland, so läßt  
 sich doch mit Gewißheit feststellen, daß der größere Teil  
 des Weges vom Obrigkeitstaat zum parlamentarisch re-  
 gierten Lande in Deutschland nunmehr zurück-  
 gelegt ist.

Das wird einem erst völlig klar, wenn man rückwärtend  
 die Wandlung betrachtet, die sich in wenig mehr als drei  
 Monaten vollzogen hat. Herr v. Bethmann Hollweg,  
 obwohl in vielen Punkten moderner denkend als sein Nach-  
 folger, sagte wohl die Einführung des gleichen Wahlrechts in  
 Preußen zu, aber irgendwelchen Konzessionen an den Par-  
 lamentarismus setzte er äußersten Widerstand ent-  
 gegen. Er mußte gehen, aber das Mißtrauen des Parlaments  
 war nicht die Ursache, sondern höchstens eine Ursache seines  
 Sturzes. Herr v. Bethmann verließ nicht sein Amt, weil das  
 Parlament seinen Abgang verlangt hatte, sondern allenfalls,  
 weil das Parlament ihn nicht hielt, als andere  
 Mächte seinen Abgang forderten.

Sein Nachfolger, Dr. Michaelis, gelangte noch ganz  
 nach der Methode des alten Obrigkeitstaates in sein Amt,  
 ohne daß mit dem Parlament vorher Zustimmung genommen  
 wurde. Aber er mußte sich schon zu gewissen Konzessionen  
 verstehen, nicht, als ob er im Grunde fortschrittlicher gesinnt  
 gewesen wäre als sein Vorgänger, sondern weil die Natur der  
 Sache ihn dazu zwang. Er versuchte einen Ausweg, indem  
 er einzelne Ministerstellen mit Parlamentariern besetzte, die  
 Herren Stahl, v. Armin und Schäffer in anschlagesgebende  
 Regierungskämter berief. Das genigte jedoch nicht, selbst in  
 der Führung der auswärtigen Politik, die bisher  
 das Häutchen Rührmännchen des Obrigkeitstaates gewesen  
 war, mußte Dr. Michaelis dem Parlament einen nicht unerheb-  
 lichen Einfluß zugestehen, er berief die Siebenkonvention  
 des Reichstages zur Mitarbeit an der Antwortnote auf das  
 päpstliche Vermittlungsangebot, und der Einfluß des Par-  
 laments auf dieses welthistorische Dokument fand darin seinen  
 fünfjährigen Ausdruck, daß die Friedensresolution  
 des Reichstages vom 19. Juli in dieser Note als auch  
 für die Regierung verbindlich anerkannt wurde.

Herrn Dr. Michaelis' Abgang gesaltete sich wesentlich  
 anders als der seines Vorgängers. Er mußte sein Amt ver-  
 lassen, weil ihm die Mehrheit des Parlaments durch ihre  
 Führer ihr Mißtrauen erklären ließ. Freilich hat Dr.  
 Michaelis lange gezögert, hieraus die Konsequenz zu ziehen.  
 Aber sein Leben am Amte entsprang nicht dem obrigkeit-  
 staatlischen Gedankengang, daß das Parlament ihm gar nichts  
 zu sagen habe, sondern der eigentümlich verblendeten Mei-  
 nung des Mannes, daß es ihm doch noch gelingen werde, mit  
 dem Parlament zu einer Einigung zu gelangen.

Die Ernennung seines Nachfolgers vollzieht sich bereits  
 in gänzlich geänderten Formen. Graf Hertling  
 gehört zwar seit einigen Jahren dem Reichstag nicht mehr an,  
 aber er ist noch seiner ganzen Vergangenheit Parlamentarier.  
 Als Führer einer Partei, als Mitglied des Reichstages ist er



zu öffentlichem Ansehen und öffentlicher Bedeutung gelangt. Doch das ist nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend ist und bleibt, daß die Ernennung des Grafen Hertling stattfindet auf Grund von Verhandlungen, die mit den Führern der Mehrheitsparteien stattgefunden haben. Die Mehrheitsparteien haben dem Reichskanzlerkandidaten ihr Programm vorgelegt, und erst, nachdem dieser sich auf dieses Programm verpflichtet hat, haben sie ihr Einverständnis mit seiner Ernennung ausgesprochen. Graf Hertling hat wiederum seine wichtigsten Mitarbeiter aus der Führerschaft dieser Parteien erwählt.

Man mag sich drehen und wenden wie man will, aber dieses ist im wesentlichen das parlamentarische System. Vergebens klammert sich die konservative „Kreuzzeitung“ an die Ausflucht, daß die Kanzlerkandidatur des Grafen Hertling unter „sachlichen und persönlichen Ausnahmeverhältnissen“ stehe. Als solche Ausnahmeverhältnisse führt das Blatt sogar die — Rücksicht auf den förderlichen Zustand des Grafen an! — Nein, die Vorgänge bei der Ernennung des Grafen Hertling sind ein wichtiger Präzedenzfall, der nicht mehr umgehen gemacht werden kann. Die Ernennung des Grafen zum Reichskanzler vollzieht sich im wesentlichen nach den Methoden des parlamentarischen Systems, und das wird bei allen folgenden Kanzlerkandidaturen zu beachten sein. Das parlamentarisch regierte Deutschland ist nach diesen Ereignissen keine Phantastik und Theorie mehr, sondern es ist der Beweis geführt, daß dieses System auch bei uns möglich ist, ohne daß darüber der Staat zugrunde geht.

Für uns Sozialdemokraten liegt freilich kein Grund zu übermäßigem Jubel vor, denn es erfüllt sich jetzt, woraus wir schon vor Jahren hingewiesen haben, daß das parlamentarische System solange auch bis zu einem gewissen Grade gegen uns wirkt, als die Sozialdemokratie im Reichstag nicht über die absolute Mehrheit verfügt. Aber wir haben das parlamentarische System selbst zu der Zeit gefordert, als im Reichstag noch der schwarze Blod allmächtig war. Wir haben damals erklärt, daß es uns lieber wäre, wenn die Lasten der konservativ-kerikalen Herrschaft auch in der Person der leitenden Staatsmänner zum Ausdruck käme, als wenn sie durch ein politisch farbloses Beamtenministerium verdeckelt würde.

Heute liegen freilich die Verhältnisse ungünstiger für uns. Die Sozialdemokratie gehört selber zu den Parteien, die im Reichstag die Mehrheit bilden. Sie hat es allerdings gleichwohl abgelehnt, in die neue Regierung einzutreten, nicht etwa, weil sie der neuen Regierung von vornherein Schwierigkeiten machen will. Sie wird diese vielmehr tatkräftig unterstützen, solange sie in energischer und loyaler Weise das Programm der Mehrheitsparteien durchführt, das namentlich umfaßt die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, die Aufhebung der schlimmsten Fesseln des Koalitionsrechts, die Schaffung von Arbeitskammern und die Aufhebung der politischen Zensur.

Wenn die Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung ablehnt, so deshalb, weil heute noch eine gewisse Vorzicht geboten erscheint. Innerhalb der Mehrheitsparteien bildet die Sozialdemokratie ja selber nur eine Minderheit. Wenn auch über das praktische Aktionsprogramm der nächsten Zeit eine Einigung erzielt worden ist, so bestehen doch zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien der Mehrheit tiefgehende Unterschiede in wichtigen Fragen der Grundanschauung, die es der Sozialdemokratie ratlos erscheinen lassen, sich eine gewisse Handlungsfreiheit vorzubehalten. Die Taktik unserer Partei ist nichts Neues, sie ist die gleiche, wie sie die dänische Bruderpartei nach dem großen Unstimmung in Dänemark jahrelang gegenüber dem bürgerlich-demokratischen Kabinett Zährle mit Erfolg angewendet hat. Allerdings ist jetzt in Dänemark die Sozialdemokratie auch ins Ministerium eingetreten.

Für die Arbeitermassen sind die Vorgänge bei der Ernennung Hertlings eine wichtige politische Lehre: sie zeigen, daß das parlamentarische System der Arbeiterschaft nicht ohne weiteres die Macht, wohl aber die Möglichkeit zur Macht gibt. Es bringt eben diejenigen Parteien an die Regierung, welche die Mehrheit des Parlaments hinter sich haben. Und das muß der Arbeiterschaft ein neuer Ansporn sein, bei den nächsten Reichstagswahlen dahin zu wirken, daß der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit der Reichstagsmandate zufällt.

Heute bringt das parlamentarische System hauptsächlich die sogenannten Mittelparteien an die Regierung. Aber aus dem Umstand, daß nicht wir es sind, denen die ersten Früchte dieser Erregungshaft in den Schoß fallen, dürfen wir uns den Blick für die Größe und die Bedeutung der Tatsache nicht trüben lassen, daß die moderne Form der parlamentarischen Regierung in Deutschland ihren Einzug hält. Die Wandlung, die sich innerhalb dreier Monate vollzogen hat, hat den Punkt überschritten, an dem noch eine Rückkehr zum alten Obrigkeitsstaat möglich ist.

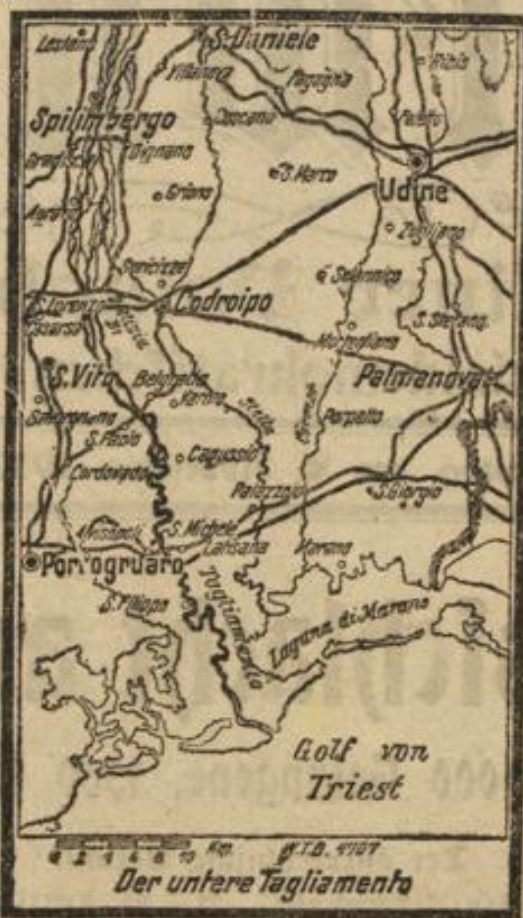
## Vom Isonzo zum Tagliamento.

Der Ertrag einer Woche.

Berlin, 1. November. In einer kurzen Woche sind zwei große Italiensche Armeen fast völlig aufgerieben, über 180 000 Mann gefangen, mehr als 1500 Geschütze erbeutet. Die in die Welt hinausposaunte Hoffnung des italienischen Volkes, westlich Udine den Siegeslauf der Verbündeten anzuhalten, ist nach dem letzten großen Sieg am Tagliamento zusammengebrochen. Noch hat die italienische Heeresleitung und Regierung nicht den Mut, dem Volke die ganze Größe der Niederlage einzugestehen und klammert sich kampfhaft an die erwartete Hilfe der Engländer und Franzosen.

In drei Tagen haben die Verbündeten die für unentbehrlich erklärten starken italienischen Schütz- und Felsenstellungen, Panzerwerke und Forts gestürmt, am vierten Tage sich den Austritt in die Ebene erlaubt. Udine, Görz, Monfalcone erobert und die in der Ebene des Tagliamento sich zur Schlacht stellende Nachhutarmee Gubernio vernichtend und entscheidend geschlagen. Tausende von Ortschaften, eine große Anzahl bedeutender Städte sind genommen und über 4000 Quadratkilometer Landes dem Feinde entrissen. In der gewaltigen Gefangenenliste treten die schwerer blutigen Verluste, die an vielen Punkten zähe und tapfer stehende Feinde erlitten hat. Die Zahl der erbeuteten Geschütze, zum größten Teil unversetzt und moderner Art, übertrifft fast um das Doppelte den Friedensstand des amerikanischen Artilleriematerials.

Die ungezählten, glänzenden Abwehrkämpfe in der monatelangen Schlacht im Verden, die deutsche Truppen trotz der verzweifelten Anstrengungen der Engländer und Franzosen erkämpften, sowie die Erfolge im Osten schufen die Grundlagen zu der neuen gewaltigen Operation.



Der neue italienische Ministerpräsident Orlando erledigt als erste Regierungshandlung die Aufgabe, in alle Welt der Alliierten die Botschaft zu telegraphieren, die Niederlage löse Italien nicht schwach werden. An Lloyd George, an Painlevé, an Wilson ergehen eindringliche Versicherungen, die von Vertrauen im Kriegesfeld, vor allem von Vertrauen zum Heere reden. Das Muster für solche Kundgebungen ist ja im Verlauf des Weltkrieges bei anderen militärischen Zusammenbrüchen schon vorgebildet worden. Wie schwer die Niederlage aber empfunden wird, zeigte sich in der mit erstaunlicher Schnelligkeit dem ersten Durchbruchstage sich anschließenden Entlassung einer großen Anzahl blutgehaltener Generale, unter denen sich auch der ehemalige Kriegsminister Zuppoli befand. Cadorna indessen bleibt unangefastet. Der Kriegsminister drückt ihm telegraphisch das Vertrauen der Regierung und des italienischen Volkes zu der Armee aus, die dem Lande selbst auf Kosten der größten Opfer den Platz, der ihm unter den Nationen gebühre, zu sichern wissen werde. In dieser Weise wird das Außerste an Kundgebungen geleistet, um die Öffentlichkeit gegen die Wirkungen der Niederlage immun zu machen. Auch Heuter greift mit der künftigen Washingtoner Trostmeldung ein, Lansing habe eine Konferenz mit dem italienischen Vorkämpfer über die italienische Lage gehabt. Und aus Rom wird — vielleicht zur Beruhigung der Entenbesitzer — die Meldung ins Ausland geschickt, im Verlaufe des italienischen Rückzuges seien alle englischen Batterien in Sicherheit gebracht worden.

Italienischer Heeresbericht vom 31. Oktober. Während des gestrigen Tages fanden Gefechte auf den Höhen von San Daniele del Friuli längs des Ledra-Kanals, bei Fossan Schiavonesco und bei Pozzuolo del Friuli statt. Der tapfere Widerstand unserer Deckungsabteilungen und unserer Kavallerie ermüdete es den anderen Truppen, ihre Bewegungen auf ihre neuen Aufmarschstellungen fortzusetzen.

(Die genannten Ortlichkeiten liegen westlich von Udine und Gemona in der Richtung auf den unteren und mittleren Tagliamento.)

## Aufstandsgerüchte in Rußland.

Der Sowjet-Kongreß verschoben.

Petersburg, 31. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Infolge der hartnäckigen Gerüchte, daß die Maximalisten zwischen dem 2. und 7. November ein bewaffnetes Vorgehen beabsichtigen, um die Macht an sich zu reißen, richtete der Arbeiter- und Soldatenrat einen Aufruf an die Arbeiter und Soldaten, in dem sie ermahnt werden, nicht in die Falle zu gehen und sich durch die Provokation nicht hinreißen zu lassen und die Ruhe zu bewahren. Gleichzeitig schreibt der Arbeiter- und Soldatenrat den Arbeiterauschüssen in den Verden und Fabriken vor, an niemand, wer es auch sei, Gewehre und Waffen ohne besondere Ermächtigung des Arbeiter- und Soldatenrates anzuliefern.

Petersburg, 31. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der nach Moskau für den 2. November einberufene Hauptkongreß des Arbeiter- und Soldatenrates ganz Rußlands ist auf den 7. November verschoben worden. Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur vom Mittwoch besagt, die meisten Zeitungen nahmen gegen den angeblichen Plan der Maximalisten, gegen die Regierung bewaffnet vorzugehen, scharf Stellung, auch Maxim Gorki bekämpfte in „Kowaja Schina“ die „treu- und gelehrten Agitatoren“, welche von neuem verstreute Wehrerregnisse gegen einander begehren und die Revolution in einem Meer von Blut ertränken wollten. Gorki fordere den Hauptauschluß der Maximalisten auf, jenen aufregenden Gerüchten unabweisend zu widersprechen. Politische, militärische und soziale Verbände nahmen rückhaltlos gegen jenen Plan der Maximalisten Stellung, und im Kriegsministerium seien telegraphische Ditteln von Regimentsauschüssen um die Erlaubnis eingegangen, mit bewaffneter Hand gegen eine solche Verschwörung von Politikern im Hinterlande einzuschreiten zu dürfen. Entschuldigungen in ähnlichem Sinne seien vom Hauptauschluß der Flotte und von dem Allgemeinen Kongreß der Vertreter von Stadtverwaltungen in Moskau gefordert worden. Die Morgenblätter stellten fest, daß die Bevölkerung und die Arbeiter von Petersburg durchaus gegen jenen Plan seien.

## Sowjetprogramm und Terestschenko-Rede.

Ueber die Friedensbestrebungen der russischen Sozialisten wird aus Helsingfors nach Stockholm gemeldet, daß der Vertreter der russischen Demokratie auf der Pariser Konferenz, Stobelew, in einer kürzeren Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter in Paris die Notwendigkeit hervorhob, Mittel und Wege zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu finden. Voraussetzung sei die Ablehnung jedes Sonderfriedensgedankens. Rußland denke nicht daran, sich von seinen Verbündeten zu trennen, nur hätte er, mit der russischen Wirklichkeit zu rechnen. Stobelew erhielt keine bestimmte Antwort, sondern nur die Andeutung, daß das Friedensprogramm des Arbeiter- und Soldatenrates Gegenstand privater Erörterungen unter den Botschaftern der Verbündeten in Petersburg gewesen sei.

Die Entente kann also auch jetzt noch nicht wagen, über das Sowjetprogramm einfach hinwegzugehen, als ob es nicht vorhanden wäre. Denn das wäre ein Schlag ins Gesicht der entschlossenen Träger der russischen Revolutionärbewegung. So wählte man die Form der Beachtung, die offiziell zu nicht verpflichtet; man erörtert „privat“. Welches Ergebnis diese Erörterungen gehabt haben, läßt sich aus Terestschenkos Rede über die russischen Kriegesverhältnisse schließen. Nach den Angaben der Petersburger Telegraphen-Agentur ist die sozialistische Presse über die Rede schwer enttäuscht. Die „Izwestija“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, meint, der Minister habe keine Antwort auf die Frage gegeben, die das russische Volk jetzt am meisten beschäftigt, nämlich: was tut die Regierung, um den Frieden, der so glänzend in Rußland und in Deutschland herbeigeführt wird, herbeizuführen? Die russische Demokratie sei bereit, jeden Kampf für die Befreiung der unterdrückten Nationen zu unterstützen; aber die Fortsetzung des Krieges bis zur Befreiung aller Völker Oesterreich-Ungarns bedeute keine Fortsetzung bis zur Unendlichkeit. Die Regierung möge sich den Wünschen des russischen Volkes nähern, den Krieg beenden und einen demokratischen Frieden schließen. „Kobolschaja Gazeta“, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, bemerkt, das Land habe von dem Minister eine Erklärung erwartet, wie er sich zur auswärtigen Politik Rußlands stelle; statt dessen habe er einen Vortrag über die kausalschädlichen politischen Strömungen in Deutschland gehalten. „Kowaja Schina“, das Organ der Maximalisten, erklärt, die Rede Terestschenkos sei nicht genügend von dem friedliebenden Geiste durchdrungen, ohne den nichts den irren Lauf Rußlands zum Abgrund aufhalten könne.

Die bürgerliche Presse ist mit der Rede mehr zufrieden. „Nietich“ schreibt, der Minister habe wenigstens mehrere wichtige Erklärungen gemacht, nämlich, daß das Heil Rußlands in der Treue zu den Alliierten bestehe, daß Rußland keine Schwächung seines Gebietes zugeben könne und daß ein eiserner Hafen im Baltischen Meer ihm unbedingt nötig sei. „Kowaja Brestnja“ sagt, die Energie, mit der der Minister darauf bestanden habe, daß Rußland trotz allem eine Großmacht bleibe, lasse die Hoffnung zu, daß das Vaterland in seinen Interessen auf der Pariser Konferenz genügend geschützt würde. Die „Börserzeitung“ meint, zum ersten Male seit acht Monaten habe ein Vertreter des Kabinetts den Versuch gemacht, die Politik der verantwortlichen Regierungskreise von der der unverantwortlichen Demagogen zu trennen.

Die „unverantwortlichen Demagogen“ sind die Friedensdränger in den Reihen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Verfasser des den Kriegstreibern verhassten Sowjetfriedensprogramms, um das die Entente und ihre russischen Parteigänger, die Terestschenko und Genossen, sich wegdreht haben. Dieser Gegenstand der Politik von oben und von unten treibt die Spannung in Rußland jetzt in diesen Tagen wieder bis zum Siedepunkt empor.

## Die Kabinettskrise in Spanien.

Auch Garcia Prieto kann die Kabinettskrise nicht lösen. Nach einer Sabameldung hat er erklärt, er sei nicht beauftragt worden, ein Konzentrationskabinett aus den Parteien der Linken zu bilden. Aber berufen wurde er, nur lautete der Auftrag etwas anders. Er sollte ein Konzentrationskabinett bilden, in dem sowohl Mitglieder der Linken wie der Rechten sitzen. Diese Aufgabe hat er dann ablehnen müssen, weil die Regionalisten und Reformisten nicht einig waren. Der König beauftragte alsdann den Konservativen Maura, ein Kabinett zu bilden.

## China verschachert deutsche Schiffe.

Englands Schiffdraumnot.

Peking, 31. Oktober. (Havas.) Die Zugeständnisse, die China in seiner Antwort auf die Note der Alliierten gemacht hat, werden in diplomatischen Kreisen für nicht genügend gehalten. Nach neuen Verhandlungen willigte die chinesische Regierung ein, England neun feindliche Schiffe mit einer Gesamttonnage von 9000 Tonnen zum Gebrauch der Alliierten auszuliefern. Die Zugeständnisse der Alliierten enthielten den Nachschuß von 5 Proz. des Schadenertrages für den Vorerfassungszeitraum für einen Zeitraum von fünf Jahren.

## Rußland und Finnland.

Aus Helsingfors meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Ausschuß für die Staatsgrundgesetze hat die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes über die neue politische Ordnung beendet. Dieser bestimmt unter anderem, daß vom Augenblick der Veröffentlichung dieses Gesetzes, mit der es zugleich in Kraft tritt, der Senat alsbald Maßnahmen zur Wahl des Präsidenten der finnischen Republik treffen wird. Die Amtstätigkeit des Präsidenten wird einstweilig von dem stellvertretenden Präsidenten des Vorkonstitutionsausschusses des Senats ausgeübt werden. Nach einer weiteren Meldung soll Svinhuvud, der Procurator des finnischen Senats, für das Amt des Präsidenten auszuwählen worden sein.

Wie der Stockholmer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus Helsingfors erfährt, sind die Verhandlungen zwischen Rußland und Finnland bezüglich der Regierungsform Finnlands und der Beziehungen beider Länder gescheitert. Die Beratungen in Helsingfors wurden abgebrochen. Man bereitet jetzt in Finnland ein vorläufiges Verwaltungsverkommen vor.

Petersburg, 31. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie die Blätter melden, weigern sich die finnischen Behörden, bei der Partizipation der russischen Regierung teilzunehmen. Ein Erlaß der Verläufigen Regierung stellt Petersburg, Kronstadt und ganz Finnland unter dem Befehl des Oberkommandierenden der Nordfront.



## Stadtverordnetenversammlung.

Vorheriger Mischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

### Die Lebensmittelversorgung Berlins.

Die freie Fraktion (Kommun. u. Gen.) hat am 28. Oktober den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dringend vorstellig zu werden, daß die Versorgung der Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln reichlicher werden müsse.

Am 28. Oktober ist von den Stadtdn. Barthelmann u. Gen. (Unabh. Soz.) der Antrag eingegangen:

Die Versammlung wolle, angesichts der immer bedrohlicher werdenden Ernährungsverhältnisse, beschließen, den Magistrat zu ersuchen: 1. sofort alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die ausreichende Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln für den kommenden Winter sicherzustellen;

2. der Versammlung über seine Tätigkeit auf diesem Gebiet in kurzen Zwischenräumen zu berichten.

Stadtd. Dr. Rühlmann (Fr. Fr.) gibt seiner Bewunderung für das Verhalten der Groß-Berliner Bevölkerung gegenüber der stetig wachsenden Leertüte und des stetig zunehmenden Lebensmittelmangels Ausdruck. Das traurigste Kapitel desselben sei die Gemüseversorgung. Nach den Kohlrüben wurde Berlin mit Mören, darauf mit Gurken und wieder mit Gurken, schließlich mit Kürbis versorgt. Weiter sei nichts auf den Berliner Markt geliefert worden, an Obst fast nichts. Darin schiene eine Letztinstanz gegen Berlin zu liegen; jedenfalls sei das Selbstbild der Reichsgemeinschaft, soweit es Berlin angehe, unberechtigt. Teilhaft sei das Ergebnis der Kartoffelernte. Die Bevölkerung werde in der Kartoffel und im Brot im kommenden Winter ihre Rettung zu suchen haben, denn die Fleisch-, Fett- und Milchration sei schon so reduziert, daß sie eine weitere Verminderung nicht mehr ohne Gefahr für die Allgemeinheit ertrüge. Die besonderen Arbeits- und Verkehrsverhältnisse Berlins erschweren im Gegenteil in diesen Abteilungen eine Bevorzugung, statt der bestehenden Benachteiligung. Schließlich habe jede Geduld ihre Grenzen. (Sehr richtig!) So wie bisher könne und dürfe es nicht weiter gehen. Die jetztige Kartoffelration reiche bei der Annahme der höchsten Rohrzuckerwert nicht aus, sie müsse für Berlin von 7 auf 10 Pfund erhöht werden, die Ernte gestatte das ohne weiteres. Von den Herbstgemüsen müsse Berlin soviel als irgend möglich zugeführt werden; ebenso sei die Milchversorgung Berlins zu verbessern, desgleichen die Zufuhr von Kartoffeln. Auf eine wesentliche Erleichterung durch vermehrte Waidzufuhr sei leider nicht zu rechnen. Der Antrag Barthelmann sei überflüssig; der Magistrat habe bereits sein Möglichstes getan.

Stadtd. Eichhorn (Unabh. Soz.): Der Magistrat habe sich in der Ernährungsfrage anscheinend zu sehr von der Rohrzuckerpolitik der Regierung im Schlepptau nehmen lassen, die total mißglückt habe. Die Konferenz, die der Magistrat im Frühjahr mit sorgfältig ausgewählten Vertrauensmännern der Arbeitererschaft veranstaltete, habe den Zweck gehabt, die Bevölkerung zu beruhigen und auch zu täuschen. (Große Unruhe; Ordnungsgewalt des Vorsetzers.) Die Fleischration wurde damals auf ein Pfund erhöht, aber bald wieder herabgesetzt, obwohl die Erhöhung dauernd sein sollte. (Zürnender Widerspruch.) Gegen die Versorgung der Nationen bei Brot, Milch, Fett habe sich der Magistrat nicht genügend gewehrt. Jetzt werde ihnen wieder eine Herabsetzung der Fleischration angekündigt. Warum werde nicht alles Vorhandene beschlagnahmt und gerecht verteilt? Die bestehende Klasse lasse die Nationen für sich nicht gelten, sie lebe besser und reichlicher. Die sogenannten „Schlüsselrationen“ wüßten nicht von Not und Einparzung; bei ihnen herrsche Heberlei, über die hungrigen Berliner wachen sie sich höchstens lustig. Deshalb diese ganze Mühe auf die häuslichen und agrarischen Kreise? Agrarisch sei jeder in Bräuen immer noch Trumpf und die Agrarier lägen in der Regierung. Der Schleichhandel habe große Mengen von Waren und Lebensmitteln der bestehenden Klasse zugeführt und der breiten Masse der Armen entzogen. Natürlich beschafften sich auch diese nach Maßgabe ihrer geringen Mittel auf diesem Wege kleine Zubehör. Es scheint, daß der Schleichhandel sogar behördenmäßig im Interesse von Munitionsfabriken und dergleichen eine Art Begünstigung erhalte. Jährliche Lieferungsverträge von Kommunalen seien durch den Schleichhandel und seine widerlichen Auswüchse fragwürdig geworden. Gegen die unerbittliche Schamlosigkeit in den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, gegen den unplanmäßigen Anstiegspreis von 10 Pf. für das Pfund Kartoffeln müßte der Widerstand aller Kommunen organisiert werden! An Mehl, Brot, Getreide, Zucker sei der größte Mangel, und geradezu lächerlich sei es, dem Berliner alle drei oder vier Wochen ein Ei für 48 Pf. zusammen zu lassen. Auch für die Erfüllung des Antrags auf Rohlen habe der Magistrat bisher nichts Durchgeführtes getan. Sofortige Vorsehung müsse eintrreten, mit Nebenlässe sich die Bevölkerung nicht mehr abspiegele.

Oberbürgermeister Vermuth: Die Behandlung der Aufgaben des Magistrats durch den Vorstand erleichtert und die Antwort nicht. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Im Punkte der Fleischration hat er sich in einem starken Artum befunden; von einer Täuschung der Bevölkerung zu sprechen ist niemand berechtigt. Die Arbeiterzeitung sind von ihren eigenen Versprechungen ausgeführt, nicht vom Magistrat, und sie haben sich ausgesprochen bewährt, so sehr sie uns in den allsonnabendlichen Sitzungen heiß machen. Auch sonst hat er sich in vielen Versäumnissen und Unberücksichtigungen bewegt. Tag für Tag bemühen wir uns unausgesetzt im Interesse der Bürgererschaft bei den in Frage kommenden Angelegenheiten, auch gegen Bevorzugungen der Selbstversorger, da kann nicht behauptet werden, daß der Magistrat rege sich überhaupt nicht. Die Vorbereitungen für diesen Winter sind an allen Stellen schon im Frühjahr in Angriff genommen worden, der Zustand der Ernte ist aber schließlich doch das Entscheidende. Die Verantwortlichkeit läßt allerdings darunter, daß die Erzeugung der Produkte auf dem Lande noch nicht auf der Höhe ist. Hier liegt die Schwere der Last, die bewältigt werden muß. Die dort vorhandenen Heberlässe kommen sowohl in die Hände der Besitzenden wie der Arbeiter. Die Häufung der Ernterückstände hat jetzt einen für die Städte geradezu bedrohlichen Umfang erreicht. (Zustimmung.) Die Milchzufuhr ist zurzeit in unerträglichem Mangel; der Mangel durch künstlich gesteigerte Preise bringt hier dem Verbraucher keinen Vorteil. Hoffentlich wird die stärkere Erzeugung der Milch baldigt zur Last fallen. An Gemüse haben wir jetzt eine Anzahl, die nicht erheblich hinter der Friedenszeit zurückbleibt, aber angesichts des so enorm gesteigerten Anspruchs noch nicht entfernt ausreicht. Unsere Vorsehungsbefehle werden nur zum Teil zur Durchführung gelangen, hoffentlich schafft die Reichsregierung Hilfe. Zur Abhilfe des Rohrzucker mangels haben wir uns 1 1/2 Millionen Zentner Kohlrüben gesichert, von denen wir aber auch nur etwa die Hälfte bekommen werden. Der Bedarf an Rohrzuckerhoffen hoffen wir decken zu können. An Zucker wird eine Extraktion im November ausgegeben werden können. Brot, Kartoffeln und Fleisch müssen in das richtige Verhältnis gebracht werden. Die Extraktion von 1850 Gramm konnte aufrechterhalten werden; die Verschlechterung des Brotes bekämpfen wir mit allen Mitteln. Die gute Kartoffelernte bildet das Rückgrat für die gesamte Jahreswirtschaft; leider hat die Anfuhr unserer Kartoffelernte auch diesmal Störungen erlitten und die bisherige Rücklage reicht nur für wenige Wochen. Ausfälle werden durch vermehrte Fleischgewinnungen gedeckt werden können.

Stadtd. Dr. Lehn II (Linke): Die Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund würde deswegen bedenklich sein, weil mehr Kartoffeln verschifft werden müssen. (Widerspruch.) Der Kartoffelpreis be-

trägt übrigens nur 9 Pf. Von der Absicht einer weiteren Herabsetzung der Fleischration ist nichts bekannt. Reich bedenkliche Lebensmittel lassen sich nicht beschlagnahmen; mit dieser Forderung des Kollegen Eichhorn kommt man also nicht weiter. Die Lieferungsverträge haben teilweise deswegen verfallen, weil der Handel ausgeschaltet ist. Im ganzen steht es mit der Gemüse- wie mit der Milchversorgung tatsächlich wenig erfreulich. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst muß immer wieder angegangen werden, Berlin besser zu versorgen. Für den Antrag Komm. werden wir stimmen; den anderen Antrag lehnen wir ab.

## 10 Gebote für Feldpost-Abonnenten!

### 6. Gebot:

**Das „Vorwärts“-Bezugsgeld für den nächsten Monat sende 14 Tage vorher ein, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des „Vorwärts“ eintritt.**

Die Post muß, um die Umschläge rechtzeitig fertigzustellen, spätestens 10 Tage vor Ablauf des Monats den Auftrag für den folgenden Monat in Händen haben.

### Bestellschein für neue Abonnenten!

Hiermit bestellen wir den „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, als Feldpostsendung. Das Bestellschein von Nr. 130 pro Exemplar und Monat folgt per Postanweisung.

Truppenteil bezw. Adresse:

Stadtd. Feilmann (Fr. Fr.) polemisiert gegen die Heberorganisation und gegen die Ausschaltung des freien Handels. Zum Magistrat habe man halbes Vertrauen. Berlin dürfe nicht schlechter gestellt werden als andere Kommunen.

Stadtd. Kopsch (Soz.): Die erwähnten Vertrauensmänner sind doch in einer Versammlung von den Streikenden gewählt worden. Gegen den Magistrat sind Vorwürfe, wie sie heute der Kollege Eichhorn erhebt, früher niemals erfolgt; im Gegenteil hat sich der besonders hochberühmte Kollege zum ersten Mal dafür ausgesprochen, daß der Magistrat nicht seine Pflicht erfüllt habe und daß die Schuld für den Mißerfolg nicht bei ihm, sondern am System liege. Der Magistrat hat sich anstandslos mit uns auf diesem Gebiet die größte Mühe gegeben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben ja darüber heute schon die letzte Debatte. Heute handelt es sich nicht sowohl um die wachsende Leertüte, als um die Frage, ob auch nur die jetztigen geringen Rationen noch werden innegehalten werden können. Der schamlose Brotartenhandel ist auch ein Beweis dafür, daß das, was jetzt gegeben wird, nicht im geringsten zur Ernährung hinreicht. Und nicht allein mit dem Rohrzucker mangels haben wir es zu tun. Die Versorgung mit Rohlen, mit Bekleidung und Schuwerk ist höchst mangelhaft und wird immer mangelhafter; unter diesen Räten muß die Hauswirtschaft zugrunde gehen, muß die Zahl der Erkrankungen zunehmen, muß die Sterblichkeit wachsen. Das sind die Zukunftsaussichten! Wo sind die gestellten Anträge nur zu berechtigt. Die gerechte Verteilung der Lebensmittel ist immer noch ein fremder Wunsch. In anderen deutschen Landstrichen ist von der Berliner Rat nicht entfernt die Rede. Wo bleibt da die Solidarität? Damit ist das ganze System der heutigen Kriegswirtschaft gerichtet; ich stimme darin der Kritik Eichhorns durchaus zu. Gegen die Ungerechtigkeit in der Verteilung brennt sich jedes menschliche Gefühl mit Recht auf. Wir stimmen für den Antrag Barthelmann. Auch aus dem Antrag Komm. kann man übrigens einen Tadel für den Magistrat herauslesen. Hoffentlich kommt die Versammlung zu einem einheitlichen Beschluß.

Stadtd. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.): Zu dem Antrag, der die Berliner Bevölkerung bedroht, kommt in diesem Winter auch noch das Pflanz. Die Besitzenden können sich allerdings besser ernähren als die Armen. Der Magistrat soll hoch einmal die Verantwortung für die Folgen energisch nach oben hin abgeben, dann bekommen wir noch am ehesten etwas heraus! Mit den Lieferungsverträgen ist Berlin durchweg, nicht bloß beim Gemüse, über den Ort gehauen worden. Die heutige Versorgung der Bevölkerung bedeutet den völligen Bankrott der ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Das Gegenargument der Verderblichkeit gegen die Beschlagnahme ist nur eine Ausflucht.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Komm. wird wie folgt geändert: Dem Magistrat zu ersuchen, alle geeigneten Schritte zu tun, daß die Versorgung der Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln in reichlicherer Weise sichergestellt wird. Im Schlußwort stellt Stadtd. Eichhorn u. a. richtig, daß es ihm natürlich nicht einfallen sei zu behaupten, daß die Vertrauensmänner vom Magistrat ausgewählt seien. Oberbürgermeister Vermuth hebt gegen Eichhorn nochmals hervor, daß die Sonnabend-Sitzungen mit der Arbeiterkommission durchaus wichtige positive Ergebnisse gezeitigt haben, so in der Frage der Zusatzkarten für Schwerarbeiter. Der Antrag Komm. wird einstimmig angenommen; der Antrag Barthelmann unter 2 erhält nur die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und vereinzelter Mitglieder der freien Fraktion. Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt.

## Groß-Berlin

### Berlins Ernährungsschwierigkeiten

Murden gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wieder mal ausgiebig erörtert. Zwei Anträge, die diese Lage betrafen und Abhilfe herbeiführen wollten, lagen vor: einer der Freistimmigen von der „Freien Fraktion“ und ein später eingebrachter Antrag der „Unabhängigen“. Die Freistimmigen ersuchten den Magistrat, „an zuständiger Stelle dringend vorstellig zu werden“. Nach dem Wunsch der „Unabhängigen“ sollte er „sofort alle geeigneten Schritte unternehmen“ und dann über seine Tätigkeit an die Stadtverordnetenversammlung berichten. Dem Stadtverordneten Anshimann, der den Antrag der Freistimmigen begründete, entschloßte das Besondere, daß nach Eindämmung des Schleichhandels sozulegen ein Erlaß geschaffen werden müsse. Stadtverordneter Eichhorn, der Redner der „Unabhängigen“, richtete heftige Angriffe gegen den Magistrat, der nicht energisch genug die Lebensmittelpolitik der Regierung bekämpft habe. Auch die Arbeiterkommission, die noch jetzt allmählich mit dem Magistrat über Ernährungsfragen berät, bekam einen Döb ab. Oberbürgermeister Vermuths Erwiderung zeigte, daß er den Wunsch hatte, eine einmütige Kundgebung zustande zu bringen. In zusammenschaffender Darstellung trug er Berlins Forderungen für die Lebensmittelversorgung vor. Ueber die Arbeiterkommission äußerte er sich voll Anerkennung. Genosse Kopsch, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, stellte fest, daß in der Arbeiterkommission die von den Streikenden gewählten Vertrauensmänner sitzen. Daß die Fraktion den Antrag der „Unabhängigen“ unterstützte, verstand sich von selber. Kopsch bedauerte nur, daß die von Eichhorn gegebene Begründung die Angriffe nicht gegen die richtige Stelle gerichtet habe. Ad. Hoffmann warf nochmals dem Magistrat vor, bisher nicht stark genug vorgegangen zu sein. Die stürmische Debatte endete schließlich doch noch mit einer einmütigen Kundgebung. Nachdem beide Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammengezogen worden waren, wurde dieser von Freistimmigen und Sozialdemokraten einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen nur die Forderung, daß der Magistrat über seine Schritte berichten solle.

### Bequeme Grundzüge.

Zur Vereinfachung der Kartoffelversorgung wurde vor einigen Wochen amtlich empfohlen, den Bedarf in Höhe von 3 1/2 Zentnern für die Person unmittelbar beim Erzeuger zu beden. Jetzt war dazu die Verständigung mit dem Erzeuger, die Erlaubnis der Gemeinde, in die die Kartoffeln eingeführt werden sollten, und die Erlaubnis des Erzeugerkreises. Nun gibt es Landräte von Erzeugerkreisen, die die Einfuhr nur dann gestatten, wenn das Jugeländnis des Einfuhrkreises beigebracht werden kann, daß die an den Verbraucher gelieferten Kartoffeln auf das Gesamtlieferungsergebnis des Einfuhrkreises für den Einfuhrkreis angerechnet wird. Es sind nun natürlich Fälle denkbar, in denen dieses Jugeländnis verweigert werden kann; nicht für möglich sollte man es aber halten, daß ein Landrat dieses Jugeländnis in allen Fällen prinzipiell ablehnt. Und doch geschieht dieses in nächster Nähe Berlins, seitens des Landrats des Kreises Teltow. Dieser Herr erklärt, daß er alle derartigen Gesuche „grundsätzlich“ ablehne, weil es „wohl theoretisch“, aber „nicht praktisch“ möglich sei, für etwa an den Kreis zu viel gelieferte Mengen infolge der Selbstbindung der Verbraucher einen Ausgleich zu schaffen.

So wird die auf Vereinfachung der Kartoffelversorgung hinzielende amtliche Aufforderung, den Kartoffelbedarf unmittelbar beim Erzeuger zu beden, souverän annulliert durch die Bequemlichkeit eines preußischen Landrats, dem das, was seine getanderten Amtspflichten tagtäglich fertig bringen, nur „theoretisch“ möglich ist. Was sagt die vorgesetzte Behörde des Teltower Landrats dazu?

### Die Lebensmittelziehungen in Friedrichsfelde.

Zu den in der gestrigen Nummer mitgeteilten Verhandlungen zweier Friedrichsfelder Angestellter wegen Butterziehung erhalten wir vom dortigen Gemeindevorstand nachstehende Zusätze:

Am Sonnabend, 27. Oktober, ist der von der Gemeinde gegen Tagelöhler als Lagerverwalter angestellte Kaufmann Barthel und der bisher als Einkäufer gegen Profission tätig gewesene Kaufmann Griner vom Kriegsvorderamt unter der Beschuldigung, Butterhandel geübt zu haben, verhaftet und am Dienstag, den 30. Oktober, von Untersuchungsrichter wieder entlassen worden. Der Gemeindevorstand und Lebens- und Futtermittelaußschuß haben sich am Mittwoch, den 31. Oktober, in stundenlangen Sitzungen mit der ganzen Angelegenheit eingehend befaßt, nachdem ein Interzessionsauschuß eine Vorprüfung vorgenommen hatte. Der Gemeindevorstand und der Lebens- und Futtermittelaußschuß sind zu folgenden Feststellungen gelangt. Die Gemeindevorwaltung Berlin-Friedrichsfelde steht zu dem behaupteten Butterhandel in keiner Beziehung. Die Prüfung der gesamten Lebensmittelversorgung hat ergeben, daß sich die genannten Personen keiner Benachteiligung der Gemeinde schuldig gemacht haben und vollständig gereinigt aus der gegen sie wegen Unregelmäßigkeiten usw. zum Nachteil der Gemeinde eingeleiteten Untersuchung hervorgegangen sind.

### Eine neue besondere Krankenkasse für Tuberkulose

Ist in der Sprengelstraße 28 eröffnet worden. Zur Förderung der neuen Einrichtung hat sich die Landesversicherungsanstalt Berlin bereit erklärt, zunächst 100 Portionen täglich für Tuberkulose, deren Bedürftigkeit durch die Tuberkulose-Versicherung festgestellt ist, zu entnehmen und dafür die Selbstkostenpreise zu erlassen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt behält sich bei Vergrößerung der Kasse eine ausgedehntere Beteiligung vor.

### Der Erwerb der Englischen Gädwerke.

Der Teltower Kreisrat hat in seiner vorgestrigen Sitzung nach einer zum Teil sehr überhasteten Rede des Landrats v. Schenck den Antrag des Kreisaußschusses auf den Erwerb der Englischen Gädwerke zum Preise von 85,2 Millionen Mark zugestimmt und den Kreisaußschuß ermächtigt, im Falle der Annahme des Angebots Darlehen bis zur Höhe von 90 Millionen Mark aufzunehmen. Gegen den Antrag stimmten nur die Bürgermeister Hölle (Wartenberg) und Dr. Beyendorf (Rantow) sowie der sozialdemokratische Kreisratstagabgeordnete Heiß (Cöpenick).

Schulrel. - Beginn des Sieges am Tagliamento fällt heute bei Ilteritz in den Schulen an.

In giftigen Gasen erstickt sind am Mittwoch in Neudöhlen zwei Arbeiter, während ein dritter in Lebensgefahr geriet und noch bedenklich darniederliegt. Die holländischen Arbeiter Post, Samoth und Trotter flohen vormittags gegenüber der Lincolnmühle.



In der Zahnstraße in den Kanalbauarbeiten, um dort Reinigungen vorzunehmen. Als sie nach geraumer Zeit nicht zum Vorschein kamen, sah man nach und fand alle drei bewußtlos auf. Giftige Gase hatten sie betäubt. Der Feuerwehr gelang es, die Männer ans Licht zu bringen. Sie machte sofort Wiederbelebungsbemühungen, die jedoch nur bei Trotter Erfolg hatten. Last und Samoth waren schon tot. Die Neudöner Kriminalpolizei beauftragte einen Sachverständigen mit der Untersuchung der Ursache des Unglücks.

Falsche Darschuldenscheine zu 2 Mark und 1 Mark sind gegenwärtig in Groß-Berlin im Umlauf. Die Falschstücke sind nur bei genauerer Prüfung als solche zu erkennen. Wie bisher angehaltenen tragen an dem dafür bestimmten Platz, in der rechten oberen Ecke der Vorderseite, die Reihennummer 292.

**Wilmsdorf, Stadtverordnetenversammlung.** Die Sitzung am Mittwoch begann mit der Einführung des neuen unbesoldeten Stadtrats E. O. S. Es ist dies infolge eines besonderen Ereignisses, als damit das erste liberale Mitglied der Wilmsdorfer Stadtverordnetenversammlung in den Magistrat eintritt. In der Nachbarstadt Charlottenburg ist vor kurzem bereits der zweite sozialdemokratische Stadtrat gewählt worden. Man kann hieraus ersehen, wie weit die Wilmsdorfer Stadtverwaltung noch hinter unserer Zeit zurück ist. Auch die Vorlage über Feuerungszulagen für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, die zur Beratung stand, ist vom Magistrat mit gewaltiger Verspätung herabgebracht worden, nachdem bereits sämtliche Groß-Berliner Stadtgemeinden eine entsprechende Regelung ihrer Verordnungsverhältnisse getroffen hatten. Genosse L. d. e. m. a. n. unterzog die Vorlage einer scharfen Kritik. Im Vergleich zu der herrschenden Feuerungsart sind die vorgesehene Zulagen ungenügend; namentlich aber die unteren Gehaltsklassen müßten besser bedacht werden. Seine wiederholten Ausführungen hatten den Erfolg, daß die im Entwurf vorgesehene unterschiedliche Behandlung der männlichen und weiblichen Arbeiter zugunsten der letzteren beseitigt und beide Gruppen die gleiche Feuerungszulage von 25 Pfennig für die Arbeitsstunde zugebilligt wurde. Ferner wurde erreicht, daß die für Kriegszwecke eingestellten, gegen Lohngeld beschäftigten Bureauhilfskräfte künftig die Sonn- und Feiertage mitbezahlt erhalten. Aus den übrigen Beratungen verdient Erwähnung, daß die Einsetzung eines Erziehungsbeirates für die schulpflichtigen Buben endgültig beschlossen wurde. Für Weihnachtsbesuchen an die zum Heeresdienst einberufenen Wilmsdorfer Bürger sollen 50 000 M. aufgewendet werden. Dem Fonds für besondere Unterhaltungen an die Familien von Kriegsteilnehmern sind weitere 500 000 M. zugewiesen worden.

**Weißensee, Aus der Gemeindevertretung.** Für die Maßnahmen zur Versorgung der Einwohner des Kreises Niederbarnim mit Lebensmitteln ist eine Kriegswirtschaftsgesellschaft m. b. H. gegründet worden, derselben ist die Gemeinde mit einem Betrage von 2000 M. beigetreten. Durch die Einführung der Kohlensteuer und die kolossale Steigerung des Kohlenpreises mußte wiederum der Preis für elektrische Energie erhöht werden, und zwar wird vom 1. Dezember ab erhoben für Kraftstrom 16 Pf. und für Beleuchtungsstrom 45 Pf. für die Kilowattstunde. Hierbei kam es wieder zu einer ausgedehnten Debatte über die mangelhafte Stromversorgung durch das Elektrizitätswerk, so daß schon wiederholt die Hilfe des Kriegsamtes angerufen werden mußte. Auskünfte über die Ursachen und Dauer der Störungen erhält in letzter Zeit selbst der Gemeindevorstand nicht mehr, so daß die Gemeindevertretung sich beschwerdeführend an den Landesdirektor als Aufsichtsbehörde wenden mußte. Die Haus- und Grundbesitzer verlangten die Herabsetzung der Polizeiverordnung dahin, daß ihre Häuser schon um acht Uhr abends geschlossen werden dürfen. Sie zogen jedoch ihren Antrag vor der Sitzung zurück, da die Annahme deselben auschließlich war, über die willkürlichen Verlegungen der Straßenbahnhaltestellen hat sich die Gemeinde bis an den Minister beschwerdeführend gewandt, derselbe ordnete eine nochmalige Ortsbesichtigung an. Die anwesenden Vertreter der Eisenbahndirektion, der Regierung und des Polizeipräsidenten haben leider die Beschwerde der Gemeinde nicht anerkannt.

**Reinickendorf, Kartoffelversorgung.** Die zurzeit große Verlieferung mit Kartoffeln veranlaßt das Gemeinde-Ernährungsamt, den Einwohnern anzuraten, ihren Winterbedarf an Kartoffeln schon jetzt zu decken. Zur Abgabe gelangt der Bedarf für die Monate Dezember bis März, Vorberlanger erhalten zur Deckung etwaigen Schwundes statt der vorgesehenen Menge von 7 Pfund die Woche 7,5 Pfund, oder für die ganze genannte Zeit pro Kopf 120 Pfund. Der Preis beträgt für Vorberlanger statt 9 M. nur 8,50 M. Die Verlieferung erfolgt schon jetzt, nach Bezahlung der ausgestellten Anweisung.

**Brennstoffversorgung.** Zur Verhinderung der recht knappen Kohlenvorräte hat das Gemeinde-Ernährungsamt Vorrat beschafft, der sich besonders eignet zur Befüllung von Kachelöfen. Der Vorrat kann schon jetzt täglich vom Bahnhof abgeholt werden gegen vom Ernährungsamt ausgestellte und dort bezahlte Anweisungen. Der Preis beträgt pro Zentner 7 M.

**Oberschöneeweide, Regelung des Gemüseverkaufs.** Eine zweite Gemeindeverkaufsstelle für Obst und Gemüse ist in dem Hause Marienstr. 2 eröffnet worden. Wegen der beschränkten Räumlichkeit wird dieselbe aber in den nächsten Tagen nach der Luisenstraße, Ecke Marienstr. verlegt werden.

Folgende Bestimmungen treten für den Verkauf von Obst und Gemüse in Kraft: In den Verkaufsstellen der Gemeinde sowie bei den Gemüsehändlern und Kaufleuten darf Obst und Gemüse am Montag, Mittwoch und Freitag nur an Einwohner mit den Anfangsbuchstaben A-K, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nur an Einwohner mit den Anfangsbuchstaben L-Z verkauft werden. Der Verkauf geschieht nur gegen Kummerforte und muß auf derselben Name und Adresse des Inhabers, deutlich mit Linie geschrieben, ersichtlich sein. Auf Karten, die diese Angaben nicht haben, wird keine Ware verabfolgt.

Ohne den Beschluß der Gemeindevertretung nachzusuchen, hat der Gemeindevorstand beschlossen, daß vom 5. November ab für die Winterportion Essen aus den Kriegsküchen 60 Pf. für 1/2 Liter 25 Pf. zu zahlen sind. Angehörige hiesiger Kriegsteilnehmer haben die erhöhten Preise nicht zu zahlen.

### Aus aller Welt.

**Verödung des Atlantischen Ozeans.** Rotterdam, 1. November. Auf der Fahrt von New York nach Kapstadt hat ein holländischer Dampfer während 28 Tagen kein einziges Schiff auf diesem sonst so verkehrreichen Wege gesichtet.

**Märtische Spielerbeinigung (Hr. Turner-Band).** Am Sonntag, 4. Nov., 3 Uhr, finden folgende Fußballspiele statt: Richte Nord I - Nord II in Reinickendorf, Turner Str.; Neudöner gegen Richte XII in Neudöner, Grenzallee; S. I. B. gegen Wilmsdorf in Friedrichshagen, Gemeinde-Spielplatz; Richte VI gegen Weihenau in Tegel, Köpenicker Landstraße; Lindenwalde I gegen Richte-Dr und Lindenwalde II gegen Felten in Lindenwalde.

**Humanitäre Gemeinde Berlin (G. B.).** Am Sonntag, den 4. November, nachmittags 5 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Verberischen Oberrealschule, Albrechtstr. 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benzly über „Gegenseitiges Verstehen und Vertrauen“ statt. Vor und nach dem Vortrage Harmoniumspiel. Götter, Damen und Herren, willkommen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags.** Vielmal wolfig aber dünnlich, sonst trocken und vielfach heiter, in der Nacht zu Sonnabend an den meisten Orten Frost.

**Sozialdemokratisch. Verein für Tellow-Beeskow. Bezirk Cöpenick.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Wilhelm Wolf** verstorben ist.  
Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. November, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes aus statt.  
200/5 Die Bezirksleitung.

Am 30. Oktober starb nach kurzem, schwerem Leiden mein geliebter Sohn, der Bezirksregisseur **Wilhelm Teuert.**  
Nützenstr. 14.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Wihl. Teuert sen.**  
Kneußstr. 2, Nordr. 1917, Thomasstr. 25. 8076  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Wargahn aus statt.  
Zugverbindung: 1.06 Uhr Ditzinger Bahn.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin, N 51, Unterstraße 83-85  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.  
**Branche der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher und Dreherinnen sowie Kundschleifer.**  
Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
in den Sophienkellern, Sophienstr. 17/18.  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zu dem von den Berliner Unternehmern zur Einführung gebrachten Taylor-System.  
2. Diskussion, 3. Bericht der Ernährungskommission und unsere Stellungnahme dazu.  
Wir machen noch besonders auf das Versammlungs-Lokal, Sophienkellern, aufmerksam.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Der Beschluß des Ausschusses des Landes auf Wiedereröffnung der Schwangerenuntersuchung (§ 21 Absatz 1 der Satzung) ist vom Versicherungsamt genehmigt worden und tritt am **5. November 1917** in Kraft.  
Berlin, den 1. November 1917.  
Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.  
G. Bauer, A. Kärnberg  
Vorstand. Schriftführer.

**Gewerkchaftshaus.**  
Sonntag, den 4. November 1917:  
Im großen Saal:  
**Herbst-Feier**  
des **Transportarbeiter-Verbandes**  
unter Mitwirkung des Männer- und Frauenchor's Ch.  
Regulation: Pauline W. Schiffmann.  
In den Parkette-Sälen:  
**Das größte Wunder der Welt!** Der lebende Beweis für die Wahrheit dieses Wortes ist Waldemar in seinen rätselhaften Experimenten. Außerdem andere Spezialitäten und Luise Wolf, die eigentümliche und ergötliche Vortragskünstlerin, und die Ungar. Gizi-Kaballe.  
Sonntag mittags:  
Gähnerbrühe 0,30 | Gähnerbraten . . . . . 4,00  
Fahndersfleisch in Reispfeln 2,00 | Lambraten . . . . . 3,00  
Hähnchen in m. Soilage 2,00 | Kompott 0,50, Salat 0,50.  
**Heute und morgen:**  
Ein Liter Gähnerbrühe 60 Pf. und darin gekochte Gähner ein halbes 5,00 M.

**Deutscher Transportarbeiterverband.**  
Bezirksverwaltung, Groß-Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Hugo Goldner** am 29. Oktober im Alter von 41 Jahren verstorben ist.  
Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. November, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Hellsen-Kreuz-Kirchhofes, Wilmersdorfer Allee 62 aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs  
sch. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Geruch. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Syphilis, Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.  
Königsstr. 34/36, Bohlenstr. 10-11, 6-8, Sonnt. 10-11

**Achtung! Montag, den 5. November, Achtung! abends 6 Uhr:**  
**Versammlung**  
der Metallarbeiter Groß-Berlins  
im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal I.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Bruno Müller über: „Der Krieg und die Volkswirtschaft.“ 2. Diskussion, 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Vollständiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.  
219/2 Die Agitationskommission.

Infolge günstigen Einkaufs geben wieder ab, soviel erlaubt  
**nur waggeweise**  
Kleinen Rollen I. M. zum Preise von 35,00 pro Rmt.  
Kleinen Rollen von 8 cm anfang. hart zum Preise von 40,00 pro Rmt.  
Kleinen Rollen von 3-7 cm hart zum Preise von 35,00 pro Rmt.  
Jede Wagon Berlin Bestimmungsbahnhof.  
**Moritz Dobrin,**  
Berlin-Schöneberg,  
Brunnenalder 24,  
Zigr. Abt. Holzwaren Berlin,  
Herrnstr. Kurtzstr. 6286.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Verwaltung Groß-Berlin.  
Am Dienstag, den 30. Oktober, verstarb unser Mitglied **Adalbert Behnke.**  
Ohre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, aus dem Friedhof Felber Gemeinde-Friedhof statt.  
Kege Beteiligung erwartet  
241/3 Die Ortsverwaltung.

**Singer unübertroffen**  
Leber die Vorteile  
Singer Läden überall  
**Jeder sei gerüstet**  
an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachl. Bildung.  
**Rasch und gründlich** führt die Methode Rustin (mit Direktoren höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsgeschäftl., Bankbesitzer, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüf., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand-Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch Bonness & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.**  
Freitag, den 9. November, in den Germania-Prachtzäunen, Chausseestr. 110:  
**Fortsetzung der Generalversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats. 2. Bericht über die durch den Verbandsvorstand vorgenommene Revision. 3. Entlastung des Vorstandes. 4. Genehmigung der Bilanz. 5. Verteilung des Reingewinns. 6. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Erfahrungsleuten.  
**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.  
R. Jungar, O. Schultze, W. Lamm, A. Mirus, P. Müller. J. H. F. Götter.

**Pelze**  
Silber-Luchse  
Blau-Füchse  
Kreuz-Füchse  
**Alaska-Füchse**  
Kragen 40<sup>00</sup> 60<sup>00</sup> 85<sup>00</sup>  
Muffen 75<sup>00</sup> 90<sup>00</sup> 100<sup>00</sup>  
R. Maaßen G. m. b. H.  
Oranienstr. 165 Leipziger Str. 42

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 31. Oktober, früh 7 1/2 Uhr, meine hochgeliebte Frau, unsere gute treuergebende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Marie Rolle**  
geb. Adamczyk.  
von ihrem Manne wie ihren Kindern schmerzlich beweint. Ruhe Du fahst in Frieden.  
Die Hinterbliebenen Gnter-Rolle nebst Kindern Hedwig, Elise, Erich, Geria.  
Du warst so gut, Du warst so früh, wer Dich gekannt, vergißt Dich nie.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachm. 3/4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. 882

**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockentau,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),  
f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 T.)  
Blutuntersuch. Schnell, sichere  
sonmerz. Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung. 25/12  
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasché,  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Stadthof.  
Behandl. von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleiden, bez-  
w. gen. Hata. Ehrlich-Hata-Kuren,  
schmerzlos, kürzeste Be-  
handlung ohne Berufsstörung.  
Blutuntersuchung. Mög. Preis.  
Teilzahlung. Sprechstunden 10  
bis 1 und 5-8. Sonnt. 11-1.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Colemann  
für Haut-, Harn-, Frauenleiden  
nerv. Schwäche, Blinderkrankh.,  
Ehrlich - Hata - Kuren.  
(Dauer 12 Tage). Behandlung  
schnell, sicher und schmerz-  
los ohne Berufsstörung.  
Königsstr. 56-57 gegenüber  
Rathaus.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
verschiedene Hefen  
das Stück 20 Pf.  
zu beziehen durch  
Buchhandlung  
Vorwärts  
Berlin SW., Lindenstr. 3

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a  
empfiehlt gute preiswerte Möbel  
**154 Musterräume**  
Lageräume: 6696 q-Meter groß.  
Versand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

**Sorgt für den Winter!**  
Dr. Gentners  
**Schuhfett Tranolin**  
ist jetzt noch zu haben, decken  
Sie daher noch rechtzeitig Ihren  
Bedarf.  
**Schuhfett Tranolin**  
erhält das Leder weich und  
macht es wasserdicht und dauer-  
haft. 857L  
Hübsche Marine-Postkarten u. Plakate.  
Fabrikant:  
**Karl Gentner,**  
Chemische Fabrik,  
Göppingen.





Totengräber.

Eine rumänische Skizze von Emil Jac.

Wenn die Apfelbäume blühen und der Himmel im See bade...

Gerühmte Sonntage, o Weigentänze, o Mädchen und Burtschen...

Väterchen Peter wartet auf mich in der Lüre seines Krugs...

Sie sind fortgegangen, sind fortgegangen! Wir blieben allein...

Und Väterchen Peter setzt sich zu mir an den Tisch...

Sie sind fortgegangen, sie sind sie fortgegangen...

Weder nachts noch bei Tage kommen sie. Und ich warte...

Im Tal begibt sich die Stille auf ihren Weg, läßt Abendsrieden...

Väterchen Peter erfährt meine Hand und weist nach der Land...

Sie sind wieder hier. Schau, die Totengräber kommen...

Und die Diener des Todes treten im Krug ein und setzen sich...

Väterchen Peter stellt einen Weinkrug auf den Tisch...

Ich schleiche aus der Krug-Lenzstille.

„D, lehrst zurück, Burtschen und Mädchen; lehrst zurück...“

Am Tagliamento.

Dem alten Tagliamento ist der Krieg nichts Neues...

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von A. Francé.

„Dingfest zu machen“, wiederholte Besl mit grimmigem...

Die Uhr schlug die achte Stunde; sie schlug ein Viertel...

Dafür trat nach etwas barschem Anknöpfen ein behäbiger...

Es war Herr Magistratsrat Seyboldsdorf. Nach dem...

„Deutet auf Unordnung des jungen Menschen.“ — er...

Raum war er draußen, erschien der Statthalterrat...

Und so erschien es ihm nur als ein Widerschein seiner...

„Auf“ er mir den Sekretär de Solms“ unterdrückte der...

„Hatten zu Gnaden Herr Graf“ stotterte der Reiter...

„Hatten vielmal zu Gnaden Herr Graf, der Herr Se...

„Sie wollen mir gütigst erplizieren, was sich gestern...

des Flusses, bei Valboione, von Westen kommend, die Oesterreicher...

Te weiter gen Süden, desto matter wird die Kraft des Stromes...

Ein neues Sterilisierungsverfahren für Milch.

Wenn wir heute unsere Milch — sofern wir über welche ver...

„Gib's Neues, Alter?“

„Neues von höchster Bedeutung.“ schnarrte der Kanzlist...

„Parblou! Und das sagt er mir erst jetzt?“

„Habe alles erst heute nacht ausgerichtet.“ Und Besl...

Aus Morawitz's Anblick verschwand alsbald das heitere...

„Best, er ist ein Esel!“ schrie er den verdutzten Kan...

„Wie kann er denn dem Vertrauensmann der Regierung...

„Hatten zu Gnaden Herr Graf“ stotterte der Reiter...

„Hatten vielmal zu Gnaden Herr Graf, der Herr Se...

„Sie wollen mir gütigst erplizieren, was sich gestern...

„Auf“ er mir den Sekretär de Solms“ unterdrückte der...

„Hatten zu Gnaden Herr Graf“ stotterte der Reiter...

„Sie wollen mir gütigst erplizieren, was sich gestern...

Wert der Milch, gerade als Nahrungsmittel für Säuglinge, auf...

Ein anderer Weg ist das Pasteurisationsverfahren, bei dem...

Rum hat neuerdings Lobsed ein Verfahren erfinden, das das...

Durch Experimenten an Meerschweinchen ist festgestellt worden...

Was aber das Wichtigste ist: die durch den Sterilisator gegan...

Die Luther-Ausstellung der Igl. Bibliothek ist bis...

Porträte. In der Urania hält am Freitag Grifa...

Der Verband der Freien Volkshäuser wird...

In die Nationalgalerie sind als Leihgaben...

Einem Lehrkursus über „Natur und Gesell...

Wieviel Brot ist der Europäer von heute?

„Hatten vielmal zu Gnaden Herr Graf, der Herr Se...

„Sie wollen mir gütigst erplizieren, was sich gestern...

„Auf“ er mir den Sekretär de Solms“ unterdrückte der...

„Hatten zu Gnaden Herr Graf“ stotterte der Reiter...

„Hatten vielmal zu Gnaden Herr Graf, der Herr Se...

„Sie wollen mir gütigst erplizieren, was sich gestern...

„Auf“ er mir den Sekretär de Solms“ unterdrückte der...

„Hatten zu Gnaden Herr Graf“ stotterte der Reiter...







# Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 31. Oktober. Neue U-Boots-Erfolge im Armeekanal:

17 000 Br.-Reg.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große Passagierdampfer, von denen einer bewaffnet war und, nach der während des Sinkens erfolgten Detonation zu urteilen, Munitionsladung führte.

Der Chef des Admiralschiffes der Marine.

## Nachrichten vom Hilfskreuzer Seeadler.

Die aus neueren englischen Zeitungen herbeigezogen, haben die Offiziere eines von den Samoaineln in Australien eingetroffenen Postdampfers nähere Einzelheiten über die Tätigkeit und das Ende des Hilfskreuzers Seeadler berichtet. Danach war der Seeadler etwa 4600 Tonnen groß. Er hatte, wie schon bekannt ist, Deutschland unter der Flagge eines norwegischen Schiffes verlassen und die englische Blockade durchbrochen. Als das Schiff den südlichen Stillen Ozean erreicht hatte, wurde die aus Pflanzen bestehende Ladung über Bord geworfen und Kurs auf Australien gelegt. Nachdem ein mit Lebensmitteln und Kohlen nach Honolulu bestimmtes Frachtschiff versenkt worden war, wurde der Seeadler der kriegsgerichtlichen Tätigkeit nach Nordosten verlegt. In der Gegend der Gesellschaftsinseln traf der Seeadler drei zu Anker liegende amerikanische Segler an, die versenkt wurden. Einer von diesen hatte Kopra (zerkleinerte Kokosnüsse) geladen, die durch die Charaktere Feuer fing und den Himmel meilenweit erleuchtete. In der Nacht der „Seeadler“ es vorzog, aus dieser Gegend zu verschwinden. Durch die achtmontatige Seefahrt war der Schiffsboden außerordentlich stark bewachsen und dadurch die Geschwindigkeit bedeutend herabgesetzt. Deshalb entschloß sich der Kommandant Graf Ludner, den Kreuzer bei Nopaha Island auf Strand zu setzen, um durch Mannschaft und Gespanne den Schiffsrumpf von Muscheln, Seetang usw. reinigen zu lassen. Dabei hatte, wie bekannt, eine Sturmflut das Schiff gefloßt und hoch auf Strand getrieben, wo es im Korallenriff versank. Das Boot wurde gesprengt und in Brand gesteckt, worauf Graf Ludner mit der bewaffneten Motorboote in See ging, um ein anderes Schiff aufzubringen und in einen Hilfskreuzer umzuwandeln. Ihr Schicksal ist bekannt. Inzwischen war der französische Schoner Lutèce bei Nopaha angekommen und von den dort zurückgelassenen Mannschaften besetzt worden.

Ähnlich der Aheha hat auch dieser kleine Segler seine Reise mit unbekanntem Ziel angetreten, um die Seeadler-Mannschaften in Sicherheit zu bringen. Die Berichte der amerikanischen Postdampfer-Offiziere stützen sich auf Aussagen des Kapitäns Smith, der von Nopaha aus in einem offenen Boot 1200 Seemeilen weit nach Pago-Pago auf den Samoa-Inseln gelangt war. Die Gefangenen sollen auf dem Seeadler sehr gut behandelt und ernährt worden sein. Für alle Arbeiten, die sie verrichteten, wurden sie mit deutschem Gelde bezahlt. Inzwischen sind nach der „Times“ vom 16. Oktober die Besatzungen der versenkten amerikanischen Segler sämtlich geborgen worden.

## Sturmerfolg bei Bezonsvaux.

Berlin, 1. November. (W. L. G.) Der kürzliche deutsche Erfolg am Ebanne-Wald, bei dem sich Odenburger und Hanseaten auszeichneten, wurde jetzt noch vergrößert. Bewährte Gendarmtruppen stürmten französische Gräben am Saugkreuz in 1200 Meter Breite und 300 Meter Tiefe. Nach wirksamer Vorbereitung durch Artillerie- und Minenfeuer brachen die tapferen Stoßtrupps in die feindlichen Linien, machten die sich wehrende Besatzung nieder und brachten mehr als 200 Gefangene ein. Schwere und viele leichte Geschütze fielen ihnen in die Hände. Die Franzosen versuchten in viermaligem Gegenangriff die entrossenen Stützpunkte wiederzuholen, erreichten indessen nichts, sondern erlitten blutige Verluste.

## Verbrüderungsversuche an der russischen Nordfront.

Russischer Heeresbericht vom 31. Oktober. Auf allen Fronten Gewehrfeuer und Artillerieunternehmungen. Wir stellen feindliche Verbrüderungsversuche fest, besonders an der Nordfront bei Jlugt, in der Gegend südlich von der Eisenbahn nach Poniewesch, beim Dorf Britanischki, an der Westfront bei Pokawh, beim Dschukowskoje-See, beim Dorfe Ostrablanh und nordwestlich vom Fleden Kradina. Der Verbrüderung wurde durch das Feuer unserer Artillerie ein Ende gemacht.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Amstlicher Gebrauch der polnischen Sprache. Warschau, 1. November. Die „Gazette Polonica“ meldet, hat das Justizdepartement allen Gerichtsbehörden mitgeteilt, daß sie sich im amtlichen Verkehr der polnischen Sprache bedienen dürfen.

Die Deutschen in Ungarn. Berlin, 31. Oktober. Nach hierher gelangten zuverlässigen Nachrichten ist die persönliche Sicherheit der in Ungarn lebenden Deutschen gewährleistet, das Privateigentum wird geschützt. Die deutschen Lehrer können unbehelligt ihre Tätigkeit fortsetzen.

Die englische Einfuhr. Nach dem englischen „Economist“ betrug die Nettoeinfuhr vom 1. September 1916 bis 31. August 1917 4217 Millionen Zentner gegen 10 072 Millionen Zentner im Jahre 1915/16. Die bumenländischen Abieferungen betragen 8700 Millionen Zentner gegen 4180 Millionen Zentner im Vorjahre und die Gesamtversorgung 7047 Millionen Zentner gegen 14 881 Millionen Zentner.

Russische Finanzen. Das russische Finanzministerium hat einen Gesetzentwurf für ein Leasinggesetz ausgearbeitet, das dem Staate jährlich 100 Millionen Rubel einträgt. Die zweite Freiheitsanleihe erbrachte bis zum 27. Oktober 4,18 Milliarden Rubel.

## Graf Hertling

### über Kanzlerverantwortlichkeit.

Die „Nationalzeitung“ erinnert an folgende Worte, die der Abg. Freiherr v. Hertling in der Reichstags-Sitzung vom 10. November 1908 gesprochen hat:

„Das deutsche Volk muß verlangen, daß der Reichskanzler den Willen und die Kraft besitzt, dem Kaiser gegenüber denjenigen Einfluß zur Geltung zu bringen, ohne welchen seine staatsrechtliche Verantwortlichkeit jede Bedeutung verliert. . . . Es sollte die Kritik vor der Person des Trägers der Krone schweigen, aber die Lage der französischen Sonnenkönige und die Tage der englischen Stuarts liegen längst hinter uns. . . . Die Ministerverantwortlichkeit, die wir fordern, beruht darauf, daß man das eigene Recht des Monarchen mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Einklang zu bringen sucht, auf welches ein unabhängiges Volk niemals verzichten kann. . . . Der

Kaiser hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen; aber er ist in der Ausübung dieser Rechte und in der Durchführung vorkriegslicher Schritte an die Mitwirkung des Bundesrates und des Reichstages gebunden. . . .“

## Die preussische Wahlrechtsvorlage.

### Ein Gesetz gegen Hertling.

Die preussische Wahlrechtsvorlage hat, wie die „Germania“ berichtet, die Zustimmung der Krone erhalten, so daß ihrer Einbringung im Landtag nichts mehr im Wege steht.

Den Inhalt der Vorlage haben wir schon mitgeteilt und kritisch beleuchtet. Umfaßt ist aber, daß sich die von uns beanstandeten Bestimmungen jetzt als ein ganz böswärtiges Gesetz gegen den neuen preussischen Ministerpräsidenten herausstellen. Wenn man nämlich drei Jahre lang Preuze sein muß und ein Jahr lang seinen Wohnsitz nicht gewechselt haben darf, um das Wahlrecht zu bekommen, dann bleibt Graf Hertling vom Wahlrecht ausgeschlossen. Denn erstens ist er Bayer und wird erst durch seine Ernennung zum preussischen Staatsbeamten preussischer Staatsbürger, zweitens aber gehört er durch seine auffallend plötzliche Uebersetzung von München nach Berlin zu jenen verdächtigen fluktuierenden Elementen, denen man einen Einfluß auf die Geschicke des preussischen Staates nicht einräumen darf.

Unter dem alten Wahlrecht mußte der Ministerpräsident in der dritten Klasse wählen, während der Sozialdemokratische Pfarrer im selben Wahlbezirk in der ersten wählte. Unter dem neuen soll er überhaupt kein Wahlrecht haben. Von Stufe zu Stufe!

Offentlich läßt sich der neue preussische Ministerpräsident diese Entrechtung nicht gefallen und sagt dafür, daß das sonst vernünftige Gesetz von diesem lächerlichen Sachverhalte befreit wird.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses wird bestimmt nicht am 8. November sein. Die Bestimmung darüber, ob sie noch im Laufe der nächsten Woche oder zu Anfang der übernächsten Woche stattfinden wird, erfolgt voraussichtlich an diesem Sonnabend.

Die Verschiebung ist auf den Wechsel in den leitenden Stellen zurückzuführen.

## Nationalliberale Kundgebung.

Der Vorstand der Nationalliberalen Reichstagsfraktion hat sich am Dienstag mit der politischen Lage beschäftigt und folgende Entschlüsse angenommen:

Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Deutschen Reichstags begrüßt die Bestrebungen auf Herbeiführung eines neuen Burgfriedens bis zur Beendigung des Krieges, um die großen Erfolge unserer Waffen nicht durch innere Streitigkeiten in Frage zu stellen. — Er hält eine alsbaldige Erledigung der preussischen Wahlrechtsreform im Sinne der kaiserlichen Vorlage für notwendig. Erwünscht ist die Aufhebung der politischen Zensur, gegebenenfalls ihre Übertragung auf die verantwortlichen Zivilbehörden. Er ist bereit, an einem Arbeitskammergremium mitzuarbeiten und für die Vertretung von Arbeitern, die die Arbeiterbewegung hemmen, einzutreten. Wenn ein solches Programm dazu führen kann, daß unter Zurückstellung anderer Fragen der Burgfrieden bis zum Friedensbeginn gewahrt wird, so wäre dies im Interesse des Landes freudig zu begrüßen. Der Vorstand wünscht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik volle Bewegungsfreiheit des Reiches. Mit den in der Antwort auf die Papstnote dargelegten allgemeinen Grundgedanken ist er einverstanden, betont aber die von der Fraktion schon früher abgelehnte Bezugnahme auf den Reichstagsbescheid vom 19. Juli 1917, der, wie auch von einigen seiner hervorragenden Befürworter anerkannt worden ist, eine tatsächliche Bedeutung nicht mehr besitzt, nicht mehr bindend ist. (N) Zur Wahrung des Burgfriedens gehört, daß keine Partei von der Einwirkung auf die Politik des Reiches ausgeschlossen wird, wenn sie bereit ist, auch die entsprechende Verantwortung zu tragen. — Die Fraktion widerstrebt entschieden einer Trennung des Amtes des Reichskanzlers von dem des preussischen Ministerpräsidenten, fordert vielmehr, daß die bewährte enge Verbindung zwischen dem Reich und dem führenden Bundesstaat aufrechterhalten wird. — Die Vertretung der Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen beruht in seiner Weise ihre volle Selbstständigkeit, wie dies in der Stellungnahme und den Abstimmungen der Fraktion bisher zum Ausdruck gekommen ist und weiter zum Ausdruck kommen wird.

## An die Adresse des „Kunstwart“.

Im zweiten Oktoberheft des „Kunstwart“ ist unter der Überschrift: „Aldeutsche Erfindungen oder Verleumdung der Ausländer?“ folgendes zu lesen:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ schreibt in seiner großen amtlichen Erklärung gegen die Aldeutsche:

„Auch sonst greift man, wenn es nicht weitergeht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die aldeutsche Presse andauernd Fiktionen aus dem „Vormärz“ und anderen sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Ausprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart hat, daß die scheinbaren Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten, was Dinge herbeibrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte.“

Uns scheint, der sozialdemokratische Parteivorstand ist zu öffentlichem Beweise solcher Behauptung verpflichtet. Kann er sie nicht beweisen, so hat er empörend verdrängt, kann er es, so erweist er sich ein hohes Verdienst. Dann stellt er eine Schmutztechnik bloß, deren schändlichste Brandmarke in keinem Interesse dringender liegt als im aldeutschen.“

Wenn Herr Avenarius, der Herausgeber des „Kunstwart“, die politischen Dinge, über die er urteilt, auch verfolgt hätte, so würde er den letzten Schuß in dieser Form nicht abgefeuert haben. Denn alldem mußte er wissen, daß der Rufus des Parteivorstandes nur Dinge behauptete, die bereits öffentlich festgestellt und bewiesen waren, noch ehe der Rufus erschien. Kein anderer als der „Vormärz“ hat sich — um mit Herrn Avenarius eigenen Worten zu reden, das hohe Verdienst erworben, eine solche Schmutztechnik bloßgestellt zu haben. „Der „Vormärz“ aber von allen politisch interessierten Kreisen verfolgt wird, konnte und durfte der Parteivorstand Dinge, die wenigstens Wahn und Lüge der Erscheinung des Rufus im „Vormärz“ gestanden hätten und von dort auch in eine große Zahl anderer Blätter übergegangen waren, als allgemeine bekannt voraussetzen.“

Das Material reicht aus, um Herrn Avenarius die Herausgabe einer Paraphrase zu seiner verdienstlichen Persönlichkeit „Das Bild als Verleumder“ zu ermöglichen. Wir wollen ihm das Recht schenken, anzuerkennen und beweisen ihn deshalb besonders auf folgende Weise und Worten unsern Dank: „Bismarck oder Bismarck-Interdiktions mit dem Beweis der Fälschung.“ Der all-

deutsche Volkswort des „Kunstwart“ (4. September 1917, enthält das erfindende Interdiktions mit dem höfischsten Rechtsanwalt aus Petrograd, mit dem Beweis, daß diese Figur Erfindung ist). „Bismarck“ (1. September 1917, enthält den Nachweis der Fälschung eines „Vormärz“-Blattes, ferner den Nachweis der Fälschung der Reichsministerialrat der Partei und der Gewerkschaften). „Aldeutsche Reichs“ (8. September 1917, enthält die Fälschung eines Bernhard Shaw-Blattes und die Wiederholung einer schon aufgedeckten Fälschung durch die „Deutsche Tageszeitung“). „Pauls Auerbach und verlegenen Schweigen“ (8. September 1917, enthält den Versuch, die vom Urheber zugestandene Fälschung eines „Vormärz“-Blattes durch eine erneute Fälschung zu entschuldigen). Das ist nur eine Blütenlese aus dem Monat, der dem Erscheinen des Parteivorstandes gerade vordringt. Eigentlich hätte Herr Avenarius diese Dinge kennen sollen, wenn er sich öffentlich mit Politik befaßt. Wir fordern Herrn Avenarius aber jetzt noch auf, hieron Kenntnis zu nehmen. Er wird alldem zugestehen müssen, daß der Rufus des Parteivorstandes nicht ein Wort zwiel gefügt hat.

## Zum Begriff: Heimkrieger.

### Ein Porträt des Grafen Reventlow.

Das „Neue Wiener Journal“ brachte kürzlich aus der Feder seines Berliner Mitarbeiters ein Porträt des Grafen Reventlow, dem wir folgenden Keinen Zug entnehmen:

„Als Schriftsteller ist er ein Heißhörn, eine wütende Kampfnatur, tritt für einen Krieg bis ans äußerste Ende, mindestens bis zur völligen Niederwerfung Englands, ein, aber auch in den ersten Kriegsmochn, in denen Millionen Freiwillige in Deutschland zu den Waffen geströmt sind, hat es Graf Reventlow vorgezogen, läßlich zu Hause zu bleiben, obwohl er bei Kriegsausbruch nicht ganz 45 Jahre zählte und ebendem Marineoffizier von Beruf war — er ist kaiserlich deutscher Kapitänleutnant außer Diensten.“

Wir haben abgewartet, ob Graf Reventlow zu dieser Schilderung seiner Persönlichkeit Stellung nehmen werde. Da er das bisher nicht getan hat, geben wir ihm hiermit Gelegenheit dazu.

## Normaldeutsche gegen Aldeutsche.

### Die Bewegung in der oberen Rheinprovinz.

Die Sozialdemokratie hat in jüngster Zeit im Gebiete der oberen Rheinprovinz zahlreiche Versammlungen für den Burgfriedensfrieden — gegen den „Wadifrieden“ abgehalten. Diese stark behafteten Versammlungen, die sich ferner für die sofortige Demokratisierung aussprachen, fanden teils in Gegenden statt, wo die Sozialdemokratie bisher kaum Eingang finden konnte. Die Genossen Meerfeld, Solmann, Trimborn und Förgelbeil sprachen in Oberstein (Rode), Reunied, Rheindrohl, Mayen, Andernach, Bonn, Köhlstedt bei Aachen, Happele, Kreis Bergheim, Grube Fortuna, Trier, Geuel bei Bonn und — unter freiem Himmel — in Euskirchen. — Im Gebiete der Kölner Wahlkreise fanden neben einer großen Kundgebung im städtischen Festsaal Gärzweil Versammlungen statt in den Vororten Kall, Ehrenfeld, Braunsfeld und Mülheim, ferner in Eiferen, Fischeich, Gluel, Brühl, Pingsdorf, Bochum, Frechen, Rodenkirchen, Bergdorf. In einigen dieser Orte hatten wir nicht einen einzigen organisierten Genossen. Trotzdem erschienen hunderte Zuhörer.

Besonders starke Zunahmen haben die Gewerkschaftsorganisationen der Metallarbeiter und der Bergarbeiter in dem bisher so wenig zugänglichen Gebiete von Saarbrücken. Sie haben ihre Mitgliederzahl in diesem Jahre um Kaufende gesteigert. Auch die junge Eisenbahnerorganisation berichtet über rasches Wachstum.

## Reichsanzüge für heimkehrende Krieger.

Die Reichsbeschleibungsstelle hat in den Kreis ihrer Fürsorge nun auch die aus dem Felde heimkehrenden Krieger einbezogen. Im Reichsausschuß für das deutsche Schneidergewerbe wurde mitgeteilt, daß demnächst den Schneidern „Reichsanzüge“ in Auftrag gegeben werden. Bekanntlich hat die Reichsbeschleibungsstelle bisher 500 000 Stück Ober- und Unterkleider herstellen lassen, die durch die Kommunen an die unbemittelte Bevölkerung zu billigen Preisen abgegeben werden. Nunmehr werden neuerdings 500 000 Anzüge in Arbeit gegeben, die aus neuen Stoffen hergestellt werden und an die heimkehrenden Krieger zur Verteilung gelangen sollen. Die Preise sollen möglichst billig gehalten sein, und es schweben gegenwärtig Unterhandlungen darüber, daß die Reichsinflangen einen Beitrag zum Ankauf der nötigen Stoffe leisten, um den Kaufpreis auf diese Weise so niedrig wie möglich zu gestalten.

## Letzte Nachrichten.

### Die Pariser Konferenz.

Rotterdam, 1. November. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Bonar Law hat gestern im Unterhaus mitgeteilt, daß die Pariser Konferenz der Alliierten die Aufgabe haben wird, über die allgemeine Kriegslage zu beraten und Maßregeln für die weitere Zusammenarbeit der Alliierten zu treffen. Auf den Einwand Trevelhans, daß Kerenski doch gesagt habe, die russischen Delegierten würden trachten, eine Einigung über die Kriegsziele zu erreichen, erwiderte Bonar Law, daß dafür wahrscheinlich noch eine zweite Konferenz veranstaltet werden würde.

### Die Engländer in Deutscha.

London, 1. November. (Neuerlicher Bericht.) Amtlicher Bericht aus Ägypten. Die deutschen geistlichen Beamten. Boercha liegt etwa 45 Kilometer südlich von Sago, etwa in der Mitte zwischen dem Toten Meer und der Syrischen Küste.

### Sinnfeiner Verhaftungen.

Amsterdam, 1. November. Die Blätter melden aus England, in Dublin seien zehn Mitglieder der Sinnfein-Partei verhaftet worden, die an geistlich verbotenen militärischen Übungen teilgenommen und tausend Mann militärisch ausgebildet hätten.

### Lohnforderungen und Teuerungszulagen.

Essen, 1. November. Aus Siegen wird gemeldet: Der Gewerkschaftsrat der Bergarbeiter hat den Eisenbahngrubenverwaltungen auf der ganzen rechten Rheinseite eine Forderung um 20 Proz. Lohnaufbesserung zugehen lassen. Es wird darin erklärt, falls die Eisenbahnverwaltungen nicht genügen, um höhere Löhne zu zahlen, so sollen die Grubenverwaltungen mit mehr Nachdruck an die Kriegswirtschaftskammer herantreten.

Aus Solingen wird berichtet: Zwischen der Arbeiter- und Gewerkschaften ist eine Einigung zustande gekommen, nach der die Gabel- und Scherensormer eine Teuerungszulage von 60 Proz. erhalten. Den Kohlenwerkarbeitern ist ein weiterer Zuschlag von 15 Proz. bewilligt worden.



# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Die Teuerungszulage der Buchdrucker.

Der Tarifauschuss der deutschen Buchdrucker hat sich für die Aufhebung der Teuerungszulagen gerichteten Anträge beschließt und beschlossen, daß vom 28. November eine erhöhte Teuerungszulage zu gewähren ist. Soweit Berlin in Frage kommt, beträgt die beschlossene Erhöhung für verbeiratete Gehilfen 8,50 M., für ledige Gehilfen 8 M. wöchentlich. Besondere Zulagen, die seit Mai gewährt wurden, dürfen mit der neuen Zulage verrechnet werden, falls solche Vorbehalte bei Bewilligung der Zulage gemacht worden sind. Von dem Berliner Kriegszuschlag darf den Verbeirateten 1 M., den Ledigen 1,50 M. verrechnet werden. Bei Leistung von Leberstunden- und Sonntagarbeit wird unter Anschaltung einer Teuerungszulage auf den Stundenlohn ein Kriegszuschlag von 75 Proz. auf die tarifliche Säge gezahlt. Die Verbindungen, die für die Ausbildung und vorübergehende Beschäftigung von Lehrlingen durch das Tarifamt bisher aufgestellt worden sind, werden dahin abgeändert, daß die Ausbildungstrift — abgesehen von einer verächtlichen Probezeit — nicht 19, sondern 26 Wochen beträgt. Als Entlohnung erhalten die Lehrlinge im 1. und 2. Semester 15 bzw. 22 M. In den drei folgenden Semestern treten noch die Sozialzuschläge. Die Entlohnung während der Probezeit unterliegt dem freien Ermessen des Prinzipals. Nach beendeter Ausbildung finden auf alle mit technischen Gehilfenleistungen versehenen Lehrlinge die tariflichen Bestimmungen für Gehilfen Anwendung.

Durch die bereits seit dem 1. Mai gewährte allgemeine Teuerungszulage und den Berliner Kriegszuschlag hat sich der frühere Mindestlohn von 85,50 M. auf 99 M. für Verbeiratete und von 94 M. auf 107,50 M. für Ledige erhöht. Für höhere Löhne waren damals die Sätze der Teuerungszulage und des Berliner Kriegszuschlags geringer als die Zuschläge auf den Mindestlohn bemessen. Die jetzt bewilligte Teuerungszulage von 8,50 bzw. 8 M. erhält jeder Gehilfe ohne Rücksicht auf die derzeitige Lohnhöhe, allerdings mit der Einschränkung, daß besondere Zulagen sowie 1 M. bzw. 1,50 M. vom Berliner Kriegszuschlag verrechnet werden dürfen.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der Berliner Buchdrucker erstattete der Gewerkschaftsleiter Max Fickler Bericht über die Beschlüsse des Tarifauschusses. In der Diskussion kam im allgemeinen die Ansicht zum Ausdruck, daß die bewilligten Zulagen im Vergleich mit den gegenwärtigen Teuerungszulagen ungenügend seien, inwiefern könne man die Erhöhung der Teuerungszulagen mit Befriedigung aufnehmen und erwarten, daß bei weiteren Anheben der Teuerung und weitere Lohnaufbesserungen gewährt werden.

## Den Tod eines Gewerkschaftsveteranen

hat der Verband der Bauarbeiter zu beklagen. Johann Köster, der ehemalige Kassierer des Maurerverbandes, ist am 27. Oktober gestorben, nachdem er am 17. Juli d. J. noch in geistiger Freiheit seinen 80. Geburtstag hatte feiern können. Johann Köster war am 17. Juli 1867 in Marlow bei Rostock als Sohn eines Weberes geboren. Nachdem er aus der Volksschule entlassen war, erlernte er das Maurerhandwerk. Von 1888 bis 1890 diente er beim Militär. Schon früh betätigte sich Johann Köster in der Arbeiterbewegung, zuerst im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, und in der Krankenpflege der Maurer, später im Maurerfachverein. Auch in der politischen Bewegung hat er sich lebhaft betätigt. Nach der Gründung des Maurerverbandes wählte ihn dieser im Jahre 1892 auf dem Verbandstag in Kassel zu seinem Hauptkassierer. Dieses Amt hat Johann Köster 18 Jahre lang bis zur Verabschiedung des Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes mit größter Gewissenhaftigkeit und Treue verwaltet.

Nach der Gründung des Bauarbeiterverbandes mußte der alte Köster die Führung der Massenverwaltung einer jüngeren Kraft überlassen. Gern tat er das nicht, obwohl er damals schon 73 Jahre alt wurde und durch seine rastlose Arbeit die Ruhe auf seine alten Tage wohl verdient hatte. Bis zum Ausbruch des Krieges jedoch hat er noch immer im Bureau des Hauptvorstandes mitgearbeitet. Und erst als infolge des Krieges Hilfskräfte überflüssig wurden, verzichtete Köster auf die weitere Mitarbeit.

## Parteinachrichten.

### Organisationen und Parteitag.

Der Sozialdemokratische Verein für München I und II nahm mit allen gegen eine Stimme folgende Entschließung an: „Die außerordentliche Generolverammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitag in Würzburg, sowie mit dem Verhalten der Münchener Delegierten vollkommen einverstanden. Die Versammlung geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Aktionsfähigkeit der Partei zu heben und den Widerstand gegen die Erwerbslosmachender und Kriegsverlängerer zu steigern.“

Der Sozialdemokratische Verein Greiz hielt am 28. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab. Obwohl die „Neukircher Volkszeitung“ die Aufnahme der Versammlungsbewegung beweiheilt hatte, war das Lokal überfüllt. Ein Teil fand keinen Platz. Landtagsabgeordneter A. Fischer gab Bericht vom Würzburger Parteitag und fand allgemeine Zustimmung. Es wurden 16 Aufnahmen für die Partei gemacht. Am gleichen Sinne soll überall eifrig weitergearbeitet werden. Die Teilnehmer wählten eine andere Parteizeitung lesen, wenn die „Neukircher Volkszeitung“ in ihrer Schreibart fortfährt. Nächtens soll eine öffentliche Versammlung

stattfinden, in welcher der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises Max Cohen zum erstenmal seit drei Jahren wieder sprechen wird, was bisher der Vorstand des Unabhängigen Vereins verhindert hat.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Brandenburg a. S. nahm zum Würzburger Parteitag Stellung. Die Versammlung sprach ihre vollste Zustimmung mit dem Verlauf und mit den Beschlüssen des Parteitages aus. Dies kam auch in einer einstimmigen Entschließung zum Ausdruck. Ein Appell an die Parteimitglieder, tätige Mitarbeit zu leisten an Ausbau der Arbeiterorganisationen und an der Ausbreitung der Arbeiterpresse, bezüglich die von Zukunftsbewegungen bisfelle Erklärung.

### Ahnungslose Miskuld.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ prophezeite am 31. Oktober mit jener Sicherheit, die die Unabhängigen so gut liebt.

„Der Bloß hat seinen ersten großen Sieg erungen. Scheinbar ist das Bloß hat er erreicht, daß er gesprengt wurde. Denn es sich bestätigt, daß Herr Georg Graf von Hertling zum Reichskanzler ernannt ist, dann ist der Bloß gesprengt. Die Zentrumsdiplomaten werden der jöhönen Augen der Ahnungsigen und Einfaltbräuen wegen nicht in Opposition bleiben, sondern werden es sich nicht entgehen lassen, durch die Reichskanzlerschaft ihres alten Führers Hertling an der Macht teilzunehmen.“

Man kann mit einiger Spannung die Bemerkung der Vorgabe der „Bergischen Arbeiterstimme“ erwarten.

## Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

hielt ihre Generalversammlung am Mittwoch im großen Saal des Lehrervereinshauses unter starker Beteiligung der Mitglieder ab.

Der Vorstandsvorsitzende über das Geschäftsjahr 1917/18, erstattet vom zweiten Geschäftsführer O. Schulze, schilderte die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Für die Vorseitung mit Lebensmitteln hänge die Konsumgenossenschaft ab von den verschiedenen Gemeinden Groß-Berlins, die gegenüber den Versorgungsschwierigkeiten nicht alle von gleicher Mithigkeit sind. Auch lasse noch manche Gemeinde gegenüber der Konsumgenossenschaft das wünschenswerte Entgegenkommen vermissen. Trotz Rückganges der Mitgliederzahl um 245 auf 108 129 brachte das Geschäftsjahr eine weitere Steigerung des Warenumsatzes, dessen Betrag mit diesmal über 26 1/2 Millionen Mark wieder noch um reichlich 2 1/2 Millionen höher als im vorhergehenden Jahr war. Leider erklärte sich das, was der Referent hervor, fast allein aus der weiteren Steigerung der Warenpreise. Sehr viel stärker als der Umsatzbeitrag seien aber die Betriebskosten gestiegen, besonders infolge Erhöhung der Angehörtenlöhne. Freuen müsse man sich über den Rückgang der Zinsenlast, der eine Folge der Zunahme des einströmenden Geschäftskapitals, der von den Mitgliedern eingezahlten Geschäftskonten sei. Der Krieg habe der Entwicklung unserer Genossenschaft bisher keinen Abbruch tun können, noch wie vor hieße sie ein Bild innerer Festigkeit. Aus dem Geschäftsergebnisse kann auf den robusten Umsatzebeitrag wieder ein Rabatt von 4 Proz. diesmal 892 121 M. gegeben werden. Es bleibt darüber hinaus noch ein Reingewinn von 268 551 M., der auf verschiedene Fonds (auf dem Konsumfonds 80 000 M., auf dem Reservefonds 80 000 M. u. m.) verteilt werden soll.

Für das neue Geschäftsjahr 1917/18 glaubt indes der Vorstand angelehnt der Unkostensteigerung einen minder günstigen Abschluß befürchten zu müssen. Deshalb wird der Generalversammlung vorgeschlagen, den Vorstand und Aufsichtsrat eine vom Genossenschaftsrat genehmigte Entlohnung vorzuschlagen, die für 1917/18 bei etwa einzehntel der Vergütung des Geschäftsergebnisses eine Herabsetzung des Rabatts in Aussicht stellt. Der Bericht gab zum Schluß einen Überblick über die Zukunftsaussichten. Die Konsumgenossenschaft noch dem Ziele der Lösung hängen. So seien die jetzt 124 Verkaufsstellen zu vermehren. Automobile anzuschaffen, die bestehenden Produktionsbetriebe zu erweitern, vor allem die Bäckerei. Geplant werden ferner die Eröffnung neuer Produktionsbetriebe, einer eigenen Mühle zu besserer Mehlherstellung, einer eigenen Holzgewinnung, eigener Fleischerei, einer Molkerei, einer Kaugummi- und Zigarettenfabrik. Erforderlich sei aber auch eine weitere Neuerung des gestiegenen Kapitals der Genossenschaft durch Erhöhung des Geschäftsanteils der Mitglieder.

Den Bericht des Aufsichtsrats erstattete Gütler. Er beantragte die Entlohnung des Vorstandes, die Genehmigung der Bilanz u. m. Zu der vom Verkaufsinspektor aufgestellten Forderung eines frühen oder späteren Schlusses führte er aus, daß man von einem solchen eine Erleichterung der Einkäufe vieler auf die Abendstunden angewiesenen Mitglieder befürchten müsse. In dem hierüber zwischen der Verwaltung und dem Vorstand hängenden Verhandlungsgeschäftsverband geführten Verhandlungen habe die Geschichtskommission sich nicht für früheren Lebenslauf ausgesprochen. Durch Vorschläge anderer Einrichtungen der Verwaltung sei das Personal nicht befristet worden. Die Entlohnung früheren Lebenslaufes bei der Konsumgenossenschaft offen werde übrigens durch die für alle Lebensmittelschäfte erlassene Verordnung über die Offenhaltung der Läden verhindert. Der Bericht machte nähere Angaben über die Erhöhung der Angehörtenlöhne und die Steigerung der anderen Löhnen. Die hierzu für das nächste Jahr erwartete Rabatterabsetzung werde sich nur durch Umsatzerhöhung verhindern lassen, zu der die Mitglieder durch Spendenreihe gegenüber der Genossenschaft beitragen müssen. Gütler gab auch Mitteilungen aus dem schriftlichen Bericht des

Verhandlungsleiters, der nicht bemängelt hat. Dem Antrag des Aufsichtsrats auf Entlohnung usw. schloß sich Schneider als Vertreter des Genossenschaftsrates an.

Die dann einsetzende Diskussion betrafte diesmal nur wenig die Fragen der Lebensmittelversorgung und ihrer Erleichterung. Bedenken wurden gegenüber der beantragten Entlohnung geäußert, durch die man sich schon jetzt für das neue Geschäftsjahr festlegen würde, dessen Ergebnis doch erst abzuwarten sei. Die meisten Redner und Rednerinnen erklärten sehr eingehend die Arbeits- und Lohnverhältnisse des Personals, wobei genau die Verhältnisse hängige Vorwürfe gerichtet wurden. Bei den Verhandlungen wegen Lohnerrhöhung sei durch das Hören des Vorstandes der Streit verschuldet worden, zu dem das Personal am 26. Mai d. J. schritt. Die Geduld habe den Verkaufserlösen schätzlich reichen müssen, führt Schmidt als Vertreter des Handlungsgehilfenverbandes in der Generalversammlung aus. Auch in dem Streit um den Lebenslauf und die Arbeitszeitverkürzung habe der Vorstand sich nicht richtig verhalten, und er solle sich doch nicht zu seiner Entschuldigung auf vergebliche Erklärungen der Einkaufsmöglichkeit für die Mitglieder berufen. Für den Vorstand erklärte Mirus, daß die Konsumgenossenschaft sich der von ihr gewährten Löhne nicht zu schämen brauche. Jener Streit sei unendlich gemessen, auch ohne ihn wäre die Lohnerrhöhung in der gedachten Höhe bewilligt worden, wenn das Personal die für den Abend des 26. März einberufene Sitzung abgewartet hätte.

Zu den Ergänzungswahlen für den Aufsichtsrat lagen zwei Listen vor. Gegen die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kandidaten wandte sich eine Gruppe von Genossenschaftsmitgliedern mit einer eigenen Liste aus Mitgliedern der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“. Mit einer Rede A. Hoffmanns mußten die Verhandlungen abgebrochen werden, weil die Vollzeitsunde herangerückt war. Die weitere Diskussion der Wahlvorgang, die Entlohnung usw. wurden vertagt.

## Soziales.

### Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien durch die Landesversicherungsanstalt.

Die Rheinische Landesversicherungsanstalt hat an die rheinischen Oberbürgermeister und Landräte ein Rundschreiben verfaßt, in dem es heißt: „Wir erklären uns grundsätzlich bereit, die Einrichtung von Wohnungsfürsorgeeinrichtungen für kinderreiche Familien dadurch zu erleichtern, daß wir den Städten und Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern Beihilfen für den Betrieb solcher gewähren. Wenn wir uns zu diesem Schritt entschlossen haben, so war für uns die Erkenntnis bestimmend, daß die ganzen Verhältnisse kinderreicher Familien ohne weitere Unterstützung nicht zu bewahren, und nach Möglichkeit zu helfen und den so überaus wertvollen Nachwuchs unseres Volkes vor der zunehmenden Schädigung der körperlichen, geistigen und sittlichen Erziehung zu bewahren. Das kann, solange es an einer unvollständigen Fürsorge seitens der zunächst berufenen Allgemeinheit noch fehlt, nur durch individualisierende Maßnahmen der Wohlfahrtspflege und durch Aufwendung möglichst reichlicher Geldmittel für Mietzuschüsse, Bettenbeschaffung, Personallöhnen usw. geschehen. Deshalb kann die Festsetzung der Beihilfen der Versicherungsanstalt einwilligen nur von Fall zu Fall und nach Prüfung der jeweiligen Verhältnisse erfolgen. Sie legt jedenfalls eine zweckmäßige Organisation und Handhabung der Fürsorgeeinrichtungen und die Bereitstellung weiterer, angemessener Geldmittel durch die Gemeinde oder deren Bürgerchaft voraus. Die Herren Landräte bitten wir, der Frage ihre Interesse ebenfalls zuzuwenden und die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern — in besonderen Fällen auch kleinerer Gemeinden — für die Verwirklichung des Gedankens zu gewinnen.“

Einem solchen Vorgehen der Rheinischen Landesversicherungsanstalt werden sich hoffentlich die anderen Landesversicherungsanstalten anschließen. Die Fürsorge für unseren Nachwuchs ist eine der vornehmsten — wenn nicht die vornehmste — Aufgaben unseres Volkes.

### Vorbereitungen zum Kleinwohnungsban.

Die sozialdemokratische Fraktion hat an die hiesige Kammer der Abgeordneten folgenden Antrag eingebracht:

Die Kammer möge beschließen: Die königliche Staatsregierung sei zu eruchen, einen Vortrat aus Vertretern der Militärverwaltung, der Gemeinden, der gemeinnützigen Bauvereinigungen, der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen zu bilden, der in Verbindung mit der Staatsregierung die Aufgabe hat, schnellst alle Vorbereitungen zu treffen, damit durch den Bau genügender Kleinwohnungen unter Erleichterung von Baumaterialien zu angemessenen Preisen, Bauvereinigungen unter Anschaltung spezialüber Zinnesen und ähnlicher Maßnahmen der drohenden Wohnungsnot vorgebeugt werden kann.

### Auch ein Zeichen der Zeit.

In der Verlesung der Haus- und Grundbesitzer in Königs-Lutter in Braunkammer wurde mitgeteilt, daß angeblich sämtliche Wohnungen vermieter seien und keine einzige leer stünde. Das sei dem Umstand zuzuschreiben, daß in letzter Zeit viele Familien aus dem benachbarten Großstädten nach Köpenick gezogen seien, weil die Lebensmittelversorgung in den Kleinstädten günstiger wäre, wie in den Großstädten.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Potsdam; für Inserate: A. Gode, Berlin, Druck u. Verlag: Konrad's Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW. Druck 1. Klasse und Anzeigenschein.

# Gute Inzerate

allein genügen nicht. Sie können dem Geschäft wohl Interessenten zuführen, ihren Zweck erfüllen sie aber erst vollkommen, wenn man beim Kauf — wie bei uns — auch die Ueberzeugung gewinnt, daß

unsere Ware hält, was unsere Anzeige verspricht!

Bei **C&A** **Wichtige Adressen**

**DAMEN-KLEIDUNG**

**Rönigstr. 33 Chausseest. 113**

Am Bahnhof Alexanderplatz Beim Ostliner Bahnhof

**Samstags geschlossen!**